

Beratungen

im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen! Sehr geehrte Herren! Es liegt nicht in meiner Zuständigkeit, zu einem Antrag hier Stellung zu nehmen. Lassen Sie mich aber folgendes sagen — und es sind Wiederholungen —: Ich habe deutlich gemacht, welche Probleme wir — ebenfalls positiv, wie andere aus diesem Komplex der Empfehlungen — sehen. Ich habe klar gesagt, daß wir diese **Expertengespräche** begrüßen, und das bedeutet nicht, daß sie morgen zu Ende geführt werden sollen. Es wird ein langer, schwieriger Weg sein. Ich habe auf die Komplexe hingewiesen, hinsichtlich derer eine gemeinsame Empfehlung allein schon der wissenschaftlichen Standpunkte wegen — wozu ich mich ausführlich geäußert habe — einfach nicht möglich ist. Es hätte keinen Sinn, Herr Kollege Meyer, ein Wischiwaschi in die Schulbücher hineinzuschreiben und uns darauf zu verlassen, daß die Lehrer das schon klar und deutlich machen — um es etwas zu karikieren, was Sie gesagt haben.

Ich habe deutlich gesagt, daß sich die zuständigen Beamten mit dieser Materie ständig befassen, und ich habe auch hinzugefügt: Ich würde es als einen zu korrigierenden, zu kritisierenden Tatbestand ansehen, wenn sie dies nicht täten, wenn sie diese Dinge an ihrer Arbeit vorbeilaufen lassen würden.

Ich glaube, es ist auch etwas Deutliches zum Stellenwert dieser Empfehlungen aus unserer Sicht gesagt worden. Im übrigen will ich ja nicht die ganze Rede, die ich gehalten habe, wiederholen.

Herr Kollege Busack! Es hätte heute keines Beweises dafür bedurft, daß Sie sehr viel von Sophisterei und Polemik verstehen. Ich bin aber der Meinung, daß Ihr Beitrag heute ungeeignet gewesen ist, mich davon zu überzeugen, daß Sie auch etwas von **Wissenschaft** verstehen, wozu heute sehr viel gesagt worden ist und gesagt werden mußte.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nun einen Satz zur Sache selbst! Ich wiederhole: Die Beziehungen der Geschichte dieser beiden Völker, um die es geht, sind nicht darstellbar in einer Weise, die wissenschaftlichen Ansprüchen standhält, ohne Einbezug der Rolle der Sowjetunion.

Herr Kollege Ronneburger! Der Volksmund sagt: Wer das Kreuz hat, segne sich. Es ist Ihr gutes Recht, bei dieser Gelegenheit wieder einmal ein Plädoyer für die Ostpolitik, für die **Vertragspolitik der sozial-liberalen Koalition** zu halten.

(Matthiesen [SPD]: Was heißt „der sozial-liberalen Koalition“? Ihre Landesregierung hat doch im Bundesrat zugestimmt! Oder etwa nicht, Herr Minister?)

Ich würde zu diesem Thema, das Sie erweitert haben, nur eines hinzufügen: Diese Bundesregierung hat auch ihr Kreuz mit dieser Politik.

Herr Kollege Ronneburger! Sie haben mich direkt — und deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet — wegen des Problems der **Wahrheit** angesprochen.

(Matthiesen [SPD]: Distanzieren Sie sich von Ihren eigenen Beschlüssen im Bundesrat?)

— Herr Kollege Matthiesen!

(Matthiesen [SPD]: Sie haben doch die Verträge im Bundesrat mit unterstützt! Schieben Sie das doch jetzt nicht der Bundesregierung zu!)

Die Fülle ungeeigneter Zwischenrufe ergibt in der Summe nie eine gute Rede.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Ronneburger! Es geht ja nicht — das haben Sie nicht unterstellt, aber assoziativ war es im Raum — um die Pilatus-Frage, was Wahrheit anbelangt; ich glaube auch, deutlich verstanden worden zu sein, was ich mit Wahrheit gemeint habe, mit der wissenschaftlichen Wahrheit, und daß gerade das Erkenntnisproblem bei der **Geschichtswissenschaft** besonders schwierig ist, das brauche ich hier nicht auszuführen. Sie, Herr Ministerpräsident, könnten noch besser einschlägige Vorlesungen hierüber halten. Ich will nur einen Satz zitieren. Einer meiner akademischen Lehrer zu diesem Problem, der es verstanden hat, uns wissenschaftliche Erkenntnisse plastisch nahezubringen, sagte einmal uns jungen Studenten: „Wissenschaft ist die Korrektur der Fehler von Kollegen“, womit dieser nie zu Ende bringende Prozeß gemeint ist.

Aber, Herr Kollege Ronneburger, wie sollen nur — Sie sprachen davon — unterschiedliche Standpunkte in eine gemeinsame Empfehlung Eingang finden oder in einer gemeinsamen Empfehlung abgeklärt werden können? Ich habe gesagt, daß ich es akzeptieren würde, wenn man unterschiedliche Standpunkte nebeneinander stellte. Aber wie soll dann ein **Lehrer** dazu kommen, auch diesen anderen Standpunkt mit jener Gründlichkeit kennenzulernen, um ihn sachkompetent in der Schule darstellen zu können? Oder aber — doch das ist nicht gemeint —: Wollen wir, daß dann auch **deutsche Schulbücher** in Schulen des **Ostblocks** neben die anderen gestellt werden? Darüber könnte man diskutieren, aber das ist ja wohl eine Sache, die ernsthaft politisch nicht diskutiert werden kann.

Was Sie zu den aktuellen Kontakten gesagt haben — da gibt es gar keine Einschränkung; nur ist dies nicht der Kern des Themas, Herr Kollege Ronneburger! Uns ist jeder persönliche Kontakt von Nutzen und wird von uns begrüßt. Herr Dr. Bendixen hat heute ja bewußt ein Understatement betrieben; er hätte viel dazu sagen können, denn er und Herr Kollege Bernhardt sind gerade gestern früh aus der Volksrepublik Polen zurückgekehrt; sie waren dort im Rahmen der Programme, die hier im Lande unterstützt und gefördert werden.

(Minister Dr. Braun)

Sie, Herr Kollege Ronneburger, haben gesagt, Sie seien nicht zufrieden mit dem, was ich in Timmendorf gesagt habe. Das war eine Rede zu dem ganzen Problem der Schulbücher. Es ist Tradition seit vielen Jahren, daß der jeweilige Kultusminister dazu auf dieser Jahresversammlung spricht. Dies war in der Rede nur ein Punkt von vielen, und die Verleger wollten von mir in Kurzform hören, wie die Landesregierung Schleswig-Holsteins diese Grundfrage sieht. Ich glaube doch, heute das Notwendige gesagt zu haben, so daß hier keine Frage offengeblieben ist.

Eine Information dessen, was unsere Mitarbeit anbelangt, will ich Ihnen doch geben. Wir haben letzte Woche, am Freitag, in der **Kultusministerkonferenz** einstimmig ohne jede Dissonanz ein Programm von mehreren Tagen beschlossen: Begegnung der polnischen Vertreter der Schulbuchverlage mit deutschen **Schulbuchverlegern**, mit den Vorsitzenden deutscher **Lehrerverbände** und sonstiger Institutionen. Ich habe in jeder Einzelheit mitgestimmt, ohne jede Einschränkung. Wir haben dies gemeinsam getan. Auch dies ist doch ein Beitrag, und wie hätte ich mich dem verschließen können, wenn es um die Begegnung geht, um das persönliche Gespräch, das wichtig ist.

Lassen Sie mich abschließend in Kurzform noch folgendes sagen — und dies, meine Damen und Herren, gilt es bei der Übernahme von Teilen dieser **Empfehlungen** zu berücksichtigen —: Geschichte eines Volkes ist immer etwas Ganzes; sie ist nicht teilbar. Man kann nicht Abschnitte, die einem nicht gefallen, heraus schneiden. Dies allein schon wäre Verfälschung, von der ich gesprochen habe. Wir müssen „ja“ zur Geschichte unseres Volkes sagen, „ja“ zu den Höhen, aber auch zu den Tiefen. Wir können es uns nicht leisten, uns in der verschiedenen Zeit je passende Stücke herauszuschneiden. Helfen wir doch den Historikern, die vor einigen Jahren — als Geschichte aus den Schulen herausgedrängt worden war — ausgerufen haben: Mut zur Geschichte! Es ist gerade hier im Lande Schleswig-Holstein gelungen, den Geschichtslehrern wieder Mut zu machen, Geschichte wieder zu lehren. Dieser Ruf hatte bundesweite Wirkung, und dieses neu zustande gekommene Engagement im Interesse der Erziehung unserer Kinder soll nicht erneut verunsichert werden — wie es früher geschehen ist — durch zweifelhafte Empfehlungen, mit denen ich mich eben nicht identifizieren kann. Sehen Sie dies bitte in diesem gesamten Zusammenhang.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Marschner.

Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe durch den Nebel, der hier in dem letzten Beitrag verbreitet wurde, nicht allzu viele Konturen mehr von dem, was wir anstreben, erkennen können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich der Landesregierung folgendes ganz konkret sagen: Zum Vorgang selbst, bei der konstituierenden Sitzung des **Vertriebenenbeirats**, Herr Kultusminister, hat der Vertreter Ihres Hauses im Jahre 1975 erklärt, daß im Zuge der politischen Entwicklung die ehemals recht ominös dargestellte und formulierte **Ostkunde** eine neue Lehrplanbearbeitung erfahren soll, damit man den Gegebenheiten auch schulisch zu entsprechen vermöge.

Nun haben wir inzwischen das Jahr 1977, und die Zusage, die dem Vertriebenenbeirat in diesem Lande gegeben wurde, ist nach meiner Auffassung und Kenntnis bis heute noch nicht eingelöst worden. Wir reden darüber, ob wir uns den deutsch-polnischen Schulbuchkommissionsempfehlungen anschließen können oder nicht, — ob dem Grundsatz nach, in Teilen, ob in wissenschaftlicher oder in politischer Entscheidung. Ich muß jetzt ganz konkret fragen: Wird im Ministerium an neuen **Lehrplänen** in dieser Richtung gearbeitet? Wann sind diese Lehrpläne fertig? Wenn ja, dann muß ich weiter fragen: Auf welche **Unterrichtsinhalte** sollen sich die Lehrer ohne die entsprechenden Empfehlungen an die Schulbuchverleger zurückziehen dürfen? Oder soll das wieder in dieser Form geregelt werden, wie es in den fünfziger Jahren als „Ostkunde“ entstand, mit einem sehr nationalistischen Einschlag, ohne entsprechende historische Wahrheiten? Das wurde damals jedem an die Hand gegeben, und jeder konnte Ostkunde behandeln oder nicht — wie er es eben verstand.

Ich glaube, die politische Landschaft des Jahres 1977 ist anders als zu Anfang der fünfziger Jahre. Wir haben allen Grund, deutlich Farbe zu bekennen. Also klipp und klar gefragt: Wollen Sie eine solche Behandlung dieses Bereichs in den Schulen? Wenn ja, dann sagen Sie, was Sie dazu Lehrern und Schulbuchverlegern an die Hand geben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Wortmeldungen zu Punkt 9 der Tagesordnung liegen mir nicht mehr vor.

(Zurufe von der SPD: Und der Minister?)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 8/770. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr! Gegenprobe! — Danke sehr! Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)



Antrag

der Fraktion der SPD

Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Entscheidung über die Zulassung von Schulbüchern eine angemessene Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission nicht weiter zu verzögern und die Schulbuchempfehlungen als einen Beitrag zur Versachlichung der Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen von ihren Anfängen bis heute zu würdigen.

Begründung

1. In Artikel 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über kulturelle Zusammenarbeit vom 11. Juni 1976 haben die beiden Regierungen sich verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission bei der Gestaltung der Schulbücher berücksichtigt werden. Schleswig-Holstein hat genauso wie die übrigen Bundesländer diesem Regierungsabkommen seine Zustimmung erteilt.

Artikel 4 lautet:

„In Anbetracht der großen Bedeutung, die die Schule und die Schulbücher für die Jugenderziehung haben, werden die Vertragsparteien ihre Bemühungen fortsetzen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen

Seite zu erreichen, die eine umfassendere Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert; sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden.“

2. In bisher neun Konferenzen hat eine aus deutschen und polnischen Wissenschaftlern bestehende Kommission auf Einladung der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in den Jahren von 1972 bis 1976 die beide Völker und ihre Staaten betreffenden geschichtlichen Vorgänge beraten mit dem Ziel, Empfehlungen für die Behandlung dieser Fragen in den Schulbüchern herauszugeben.
3. Die Empfehlungen liegen inzwischen vor, haben jedoch bisher in der Praxis des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums bei der Zulassung von Schulbüchern keinen Niederschlag gefunden. Der Kultusminister hat es vielmehr — zumindest bei zwei Gelegenheiten — öffentlich abgelehnt, diesen Empfehlungen zu entsprechen.
4. Sollte es sich bei der Einstellung des Kultusministers um die grundsätzliche Aberkennung der Möglichkeit handeln, die Empfehlungen für die schleswig-holsteinische Schulpraxis gebührend zu berücksichtigen und auszuwerten, so würde sich die Landesregierung dem Vorwurf nicht entziehen können, daß dies einer nachträglichen Ablehnung von Art. 4 des deutsch-polnischen Kulturabkommens gleichkäme.

**Lund
und Fraktion**



Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 8/770

Zur Begründung hat der Herr Abgeordnete Lund das Wort.

Lund [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich den Antrag meiner Fraktion — Drucksache 8/770 —, Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, begründen.

Meine Damen und Herren! In der Folge des **Warschauer Vertrages** vom 17. Dezember 1970 über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ist am 11. Juni 1976 das **Kulturabkommen** zwischen den beiden Staaten geschlossen worden. Dem haben alle Bundesländer — also auch Schleswig-Holstein — zugestimmt. Eine besondere Rolle spielt dabei der Artikel 4 des Kulturabkommens, der Einfluß auf die **Gestaltung der Schulbücher** nimmt. Es heißt dort — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —:

„In Anbetracht der großen Bedeutung, die die Schule und die Schulbücher für die Jugendziehung haben, werden die Vertragsparteien ihre Bemühungen fortsetzen, in den Schulbüchern eine Darstellung der Geschichte, Geographie und Kultur der anderen Seite zu erreichen, die eine umfassendere Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis fördert; sie werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden.“

Soweit der Wortlaut des Artikels 4!

Meine Damen und Herren! Der Aufgabe der Revision der Schulbücher und Atlanten in den Fächern **Geschichte** und **Geographie** haben sich in den Jahren

1972 bis 1976 die beiden nationalen UNESCO-Kommissionen angenommen. Als Ergebnis ihrer Arbeit haben sie insgesamt 27 Empfehlungen vorgelegt. Die deutsche Delegation setzte sich aus Mitgliedern der deutschen **UNESCO-Kommission** und Mitgliedern des **Internationalen Schulbuchinstituts in Braunschweig** zusammen. Den Vorsitz in der Delegation hatte der 1974 verstorbene Leiter des Braunschweiger Instituts, Professor Georg Eckert, der zur selben Zeit Präsident der deutschen UNESCO-Kommission war. In der Nachfolge Eckerts übernahm dann Professor Walter Mertineit den Vorsitz.

Die Empfehlungen, meine Damen und Herren, sind bedauerlicherweise in das Kreuzfeuer heftiger Kritik geraten, die sich von vorbehaltloser Anerkennung bis zu sogar totaler Ablehnung erstreckt.

Bevor ich nun auf die Stellungnahmen des Kultusministeriums in Schleswig-Holstein eingehe, halte ich es für erforderlich, die Auffassung meiner Fraktion zur bisherigen Kritik darzustellen.

1. Meine Fraktion würdigt uneingeschränkt die humanen Beweggründe der Kommission, der es bei ihrer Arbeit um die Versachlichung und Vermehrung von Informationen durch Schulbücher ging.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

2. Wir haben Verständnis dafür, daß sich die Empfehlungen auf die unmittelbaren deutsch-polnischen Beziehungen beschränken. Kritikern, die die Einbettung in das europäische Kräftefeld und darüber hinaus vermissen, muß ich entgegenhalten, daß die Empfehlungen keinen Lehrer hindern wollen, die notwendigen Ergänzungen anzubringen. Das gilt beispielsweise angefangen bei der Schlacht von Bornhöved und ihren Auswirkungen auf die slawischen Interessen Waldemars II., des Danorum et Slavorum rex, bis zum Ribbentrop-Molotow-Pakt und den Konferenzen von Jalta und Potsdam.

3. Wir erachten die Mitglieder der deutsch-polnischen Schulbuchkommission als kompetente Verhandlungspartner. Es wäre vermessen oder sogar falsch, der polnischen Delegation wegen ideologischer oder staatlicher Gebundenheit oder deutschen Mitgliedern wegen angeblicher parteipolitischer Einfärbung die notwendige Voraussetzung wissenschaftlicher Objektivität auch nur teilweise abstreiten zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch nicht angängig, meine Damen und Herren, die Eignung der deutschen Historiker und Geographen mit dem Vorwurf in Mißkredit bringen zu wollen, sie verfügten nur über unzureichende polnische Sprachkenntnisse. Das Argument fällt schon deshalb in sich zusammen, weil die Verhandlungen über die volle Länge in deutscher Sprache geführt worden sind und die polnische Delegation ihre schriftlichen Beiträge auch auf deutsch vorgelegt hat.

(Lund)

4. Wir halten die Vermittlung gründlicherer und erweiterter Kenntnisse unserer Schüler über die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses für dringend geboten.

(Beifall bei der SPD)

Die jüngeren Untersuchungen zum Beispiel haben ergeben, daß ein Vergleich der Geschichts- und Geographiekenntnisse deutscher und polnischer Schüler deutlich zugunsten der jungen Polen ausfällt. Auch aus diesem Grunde verdienen die Empfehlungen Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren! Die Empfehlungen wenden sich an Schulbuchautoren, an Verleger, an Lehrplangestalter, an die Zulassungsstellen in den Ministerien und nicht zuletzt an die Lehrer. Ich erkenne keineswegs die Schwierigkeiten, die bei der **Umsetzung der Empfehlungen** zu überwinden sind, und die Hürden sind infolge des föderativen Systems in der Bundesrepublik sicherlich höher als in Polen. Natürlich kann und will niemand die **Autoren und Verleger** gesetzlich auf Inhalte verpflichten oder sie staatlich fesseln. Aber die Autoren und Verleger von Schulbüchern wären gut beraten, wenn sie die Empfehlungen ernst nähmen als einen Leitfaden in dem notwendigen Bemühen, in Jahrhunderten gewachsene Emotionen durch Objektivität zu ersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am neuralgischen Punkt der Umsetzung der Empfehlungen angelangt. Es kommt entscheidend darauf an, welche Maßnahme der Kultusminister hier im Lande trifft und welche Maßnahmen die anderen Kultusminister treffen. Dabei bin ich mir natürlich über die nur relative Verbindlichkeit der Empfehlungen klar. Das betrifft sowohl Möglichkeiten von Ergänzungen als auch Interpretationsfragen. An nicht weniger als vier Stellen sprechen die Empfehlungen selbst davon, daß es sich um keine abgeschlossene Darstellung handele, sondern daß weitere intensive Behandlungen notwendig seien. Professor Walter Mertineit, Mitglied der deutschen Delegation, sagt hierzu prägnant: „Die Empfehlungen zur Zeitgeschichte müssen, wie die früheren Empfehlungen, als ein offener, weiterzuführender Dialog verstanden werden.“ Professor Gotthold Rhode, ebenfalls Mitglied der deutschen Delegation, äußert sich ähnlich, denn er sagt, die Empfehlungen seien keine Befehle oder Richtlinien, von denen nicht abgewichen werden dürfe; niemand binde den Lehrer im Unterricht an bestimmte Begriffe.

Außerdem, meine Damen und Herren, läßt das **Kulturabkommen** selbst — nämlich der Satz 2 des Artikels 4 — eine gewisse **Auslegungsfähigkeit** des Verbindlichkeitsgrades zu. Was jedoch nicht möglich ist, meine Damen und Herren, ist die Nichtachtung der Empfehlungen erstens in der Form pauschaler Ablehnung der Inhalte

(Beifall bei der SPD)

oder zweitens in der Form der Ablehnung aus verfassungs- oder anderen rechtlichen Gründen.

Lassen Sie mich zum zweiten Punkt zuerst kommen. Bei voller Anerkennung der Unterschiede im **Staatsaufbau** und der **Zuständigkeitsverteilung** in Kulturfragen im zentralstaatlichen System der **Volksrepublik Polen** einerseits und der föderativen Ordnung der **Bundesrepublik Deutschland** andererseits muß ich darauf hinweisen, daß mit der Zustimmung zum Kulturabkommen auch die schleswig-holsteinische Landesregierung die Umsetzungsmöglichkeit der Empfehlungen grundsätzlich anerkannt hat. Rechtliche Bedenken können dem also nicht mehr entgegengestellt werden. Dieser Standpunkt ist auf deutscher Seite in der Ständigen Vertragskommission der Länder erhärtet worden.

Nun hat sich Kultusminister Professor Braun vor kurzem zu dieser Frage geäußert. Laut OSMIPRESS, Bonn vom 10. Februar dieses Jahres hat der Minister auf eine Anfrage des schleswig-holsteinischen Vorsitzenden des **Bundes der vertriebenen Deutschen** geantwortet — ich zitiere OSMIPRESS mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Derartige Empfehlungen könnten bei uns ohnehin keine Grundlage für Schulbuchgenehmigungen sein, da für die Zulassung von Schulbüchern andere rechtliche Grundlagen maßgebend seien.“

Meine Damen und Herren! Sollte die Wiedergabe in OSMIPRESS richtig sein, so ist die Aussage des Ministers in höchstem Grade bedenklich.

(Beifall bei der SPD)

Sie würde nämlich bedeuten, daß — wie auch immer international verhandelte **Schulbuchempfehlungen** inhaltlich lauten würden — diese Empfehlungen wegen rechtlicher Bedenken für die Zulassung von Schulbüchern in Schleswig-Holstein keine Chance auf Berücksichtigung hätten.

(Beifall bei der SPD)

Die rechtmäßige Zuständigkeit des Landes für die Umsetzung von Empfehlungen würde dann nämlich prinzipiell in Abrede gestellt.

Der Minister hat sich ein zweites Mal geäußert — am 6. Mai 1977 auf der **Mitgliederversammlung des Verbandes der Schulbuchverlage** in Timmendorfer Strand. Er hat zum Inhalt der Empfehlungen Stellung genommen — ich zitiere aus dem Redemanuskript mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Vielmehr bin ich der Meinung, daß die Empfehlungen in der jetzt vorliegenden Form keine geeignete Grundlage für Schulbuchkonzeptionen oder gar Richtlinien für Schulbuchzulassungen sein können.“

Auch diese Äußerung kann so nicht im Raum stehen bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will meine Kritik begründen:

1. Es ist mir unverständlich, wie ein Minister Probleme von erheblicher innen- und außenpolitischer Tragweite beiläufig vor Verbänden bekanntzumachen

(Lund)

versucht. Es tut meinem Respekt vor Verbänden im allgemeinen und den angesprochenen Verbänden im besonderen keinen Abbruch, wenn ich dies sage.

(Dr. Bendixen [CDU]: Na, na!)

Als Forum zur Bekanntgabe solcher fundamentalen Entscheidungen können doch in erster Linie nur in Frage kommen: die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit als Ganzes, das **Landesparlament**

(Matthiesen [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

und die **Ständige Vertragskommission** der Länder. Im übrigen hätte meine Fraktion — wie es in anderen Bundesländern geschehen ist; zum Beispiel in Niedersachsen — schon längst Anweisungen des Ministers an seine Referenten für Lehrplanarbeit im Ministerium sowie an die Schulaufsicht und an das IPTS erwartet.

Ein weiterer Punkt meiner Kritik an den Äußerungen, so wie sie mir über die Presse zu Ohren gekommen sind, geht dahin: Die Abkommensgrundlage verlangt es, die **Empfehlungen der Schulbuchkommission** angemessen zu berücksichtigen. Ich führte das bereits aus. Die zitierten Äußerungen lassen aber berechnete Zweifel aufkommen, ob die Landesregierung dazu überhaupt bereit ist. Die Landesregierung muß sich darüber klar sein, daß eine Ablehnung der Empfehlungen in toto einer nachträglichen Ablehnung des Artikels 4 gleichkäme.

Ich muß in diesem Zusammenhang auf den niedersächsischen Kultusminister Remmers hinweisen, der laut eigener Presseinformation vom 19. April 1977 die deutsch-polnischen Empfehlungen bei etlichen Vorbehalten grundsätzlich anerkennt und dazu wörtlich ausführt — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„Sicher können die Schulbuchempfehlungen als ein Beitrag zur Versachlichung der Darstellung, unter anderem der Nachkriegsgeschichte, in den Schulbüchern gewertet werden; sie sind zudem insgesamt geprägt von dem Willen zur Verständigung und dem Wunsch, den Weg zur Versöhnung zwischen den Völkern zu ebnen.“

Dies ist sicherlich nicht für alle Beteiligten eine befriedigende Einstellung, es ist aber eine zu rechtfertigende Verfahrensmöglichkeit.

Einen akzeptablen Standpunkt vertritt auch Professor Erdmann. Er hat auf dem **CDU-Parteitag** am 8. März 1977 hier im Lande zur Rechtsbasis der Empfehlung vorgetragen — ich darf Herrn Professor Erdmann zitieren, Herr Präsident —:

„Lassen Sie mich hier,“

— ich zitiere jetzt Professor Erdmann —

„um ein Beispiel zu geben, ein Wort sagen zu den auch im Kreise unserer Freunde lebhaft im Für und Wider umstrittenen deutsch-polnischen Vereinbarungen zu den Schulbuchempfehlungen. Daß es in unserem nationalen Interesse liegt, mit dem freiheitsstolzen polnischen Volk, so wie es sich

heute in seiner problembeladenen inneren und äußeren Lage darbietet, auf allen Ebenen zu einem engstmöglichen Gedankenaustausch zu kommen, liegt auf der Hand. Natürlich hat das Zustandekommen auch wissenschaftlicher Gespräche eine politische Voraussetzung, mit denen sie stehen und fallen. Das muß man deutlich sehen. Diese Voraussetzung ist die faktische Anerkennung der gegebenen territorialen Verhältnisse. Hierüber wird in den gemeinsamen Empfehlungen unter anderem gesagt, daß die in Potsdam erfolgte faktische Anerkennung der polnischen Administration in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße, noch keine völkerrechtliche definitive Anerkennung der 'Grenzlinie' bedeutete, daß aber die Entwicklung — und zwar jetzt mit der Überschrift des Artikels XIII der Potsdamer Vereinbarungen als 'Transfer' der deutschen Bevölkerung bezeichnet, während dann im weiteren Wortlaut der Empfehlungen zutreffend von 'ausweisen', 'zwangsumsiedeln' und 'Heimatvertriebenen' die Rede ist — dahin führte, daß es sich bei der neuen Grenzziehung, 'nicht um ein revidierbares Provisorium handeln könne'. Die des weiteren in der Empfehlung gegebene Schilderung der Wiederaufbauprobleme nach dem Kriege geht daher unter anderem von der Feststellung der 'faktischen Auflösung des Deutschen Reiches' aus.“

— Und immer noch Professor Erdmann —:

„Wenn hiergegen in einer ausführlichen kritischen Stellungnahme aus dem Kreise unserer Freunde der Einwand erhoben worden ist — ich zitiere —,“

— Professor Erdmann zitiert jetzt —

„verfassungs- und völkerrechtswidrige Aussagen zur Rechtslage Deutschlands und der Deutschen gehören nicht in deutsche Schulbücher, so wird meines Erachtens in dieser Kritik verkannt, daß es sich bei dieser Formulierung im Empfehlungstext eben nicht um eine Definition des Verfassungs- und Völkerrechts, sondern um eine Beschreibung der Wirklichkeit, eben des 'Faktischen', handelt, in der wir leben.“

Diese Ausführungen Professor Erdmanns kann meine Fraktion, so wie sie getan worden sind, nur unterstreichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die SPD-Fraktion wertet das **Kulturabkommen** und die **Schulbuchempfehlungen** als einen bemerkenswerten Fortschritt zur Versachlichung hergebrachter emotionsgeladener Positionen historischer Betrachtungsweise. Kommen wir dem Geist des Abkommens und den Empfehlungen nach, so leisten wir hier in Schleswig-Holstein einen Beitrag zur politischen Kultur in Europa.

(Beifall bei der SPD)

Schulbücher sind das Barometer für die Beziehungen eines Staates zu seiner internationalen Umwelt. Die Landesregierung hat es in der Hand, ob der Barometer-

(Lund)

stand in der Beziehung zu Polen steigt. Die Empfehlungen sind nicht Ende eines Dialogs, sondern sind Chance zu einem Anfang, eine Chance, die nicht vertan werden darf.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Braun, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Die Geschichte des polnischen und des deutschen Volkes sind über die Jahrhunderte hinweg besonders schicksalhaft miteinander verknüpft. Beiden Völkern ist die Aufgabe gemeinsam, sich über das vergangene Geschehen zu verständigen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns dem **polnischen Volk** gegenüber zur menschlichen Versöhnung und zum friedlichen Miteinander bekennen. Darüber bedarf es keiner Aussprache. Ich würde es sehr bedauern, wenn aufgrund der Debatte über den vorliegenden Antrag Äußerungen fielen, die — eventuell aus dem Zusammenhang gerissen — von den Polen im nachhinein als abwertend verstanden werden könnten.

Das Verhältnis zwischen Völkern — und gerade zwischen Nachbarn — ist in besonderem Maße durch das Wissen um den anderen und durch das Verständnis für den anderen bestimmt. In der Darstellung der Geschichte, Erdkunde, Kultur, der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung eines anderen Volkes leisten **Schulbücher** oft einen wichtigen Beitrag sowohl zur Information junger Menschen als auch zu ihrer Einstellung anderen Staaten und Völkern gegenüber. Den von Ihnen gesprochenen Satz, Schulbücher seien immer ein Barometer für die Beziehungen der verschiedenen Länder zueinander, würde ich allerdings in dieser Form und mit dieser Ausschließlichkeit doch nicht unterschreiben. Darüber müßte ernsthaft diskutiert werden.

Die **Landesregierung** begrüßt Bemühungen, durch eine Überprüfung von Schulbüchern zur Klärung und Aufklärung und damit zur **Verständigung zwischen Völkern** beizutragen. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung dem Artikel 4 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über **kulturelle Zusammenarbeit** vom 11. Juni 1976 zugestimmt.

Aus demselben Grunde bejaht die Landesregierung auch Gespräche zwischen Experten über Inhalte von Schulbüchern, die zur wechselseitigen Begutachtung führen. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist, daß die Ergebnisse wissenschaftlich abgesichert sind, mit unseren Rechtsgrundlagen übereinstimmen und pädagogisch vertretbar sind. Solche Expertengespräche fallen eindeutig in den Zuständigkeitsbereich der **Wissenschaft**. In ihnen kommt entsprechend Artikel 5 des Grundgesetzes unsere Auffassung von einer freien, ungebundenen und allein der Wahrheitsfindung verpflichteten Wissenschaft zum Tragen. Aussagen aus

solchen Gesprächen müssen den Ansprüchen wissenschaftlicher Exaktheit, Begründbarkeit und Nachprüfbarkeit standhalten.

Im deutlichen Widerspruch zu dieser **Wissenschaftsauffassung** steht das materialistische Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaft als Rechtfertigungslehre in den Dienst von Ideologie und Politik stellt. Ich habe gerade in der letzten Woche mit einem namhaften Vertreter der Politikwissenschaft über dieses Thema gesprochen und festgestellt, daß er hinsichtlich des Wissenschaftsverständnisses dieselbe Auffassung hat. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß dies jeder deutsche Wissenschaftler hat, der sich nur der Wahrheit verpflichtet fühlt und nicht einer Ideologie. Leider gibt es aber auch dies.

(Dr. Klingner [SPD]: Ideologen sind immer die anderen, Herr Braun, nicht?)

— Ich glaube, Herr Dr. Klingner, daß gerade die letzten Monate genügend Zeugnisse erbärmlichster Art dafür geliefert haben, daß sich nicht mehr jeder Professor an einer deutschen Universität allein der Wahrheit verpflichtet fühlt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Aber lassen Sie mich jetzt — mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident! — einen Wissenschaftler zitieren, der Ihrer Partei angehört und der zufolge seiner wissenschaftlichen Autorität immer meine Hochschätzung hatte. Ich darf Herrn Professor Hermann Lübke aus seinem soeben veröffentlichten Artikel zu dem Thema „Geschichtsinteresse und Nationalkultur“ zitieren. Wörtlich schreibt Hermann Lübke:

„Wer die Zuwendung zur Vergangenheit durch deren ‚Verlängerung in die aktuellen Entscheidungsprozesse‘ rechtfertigen möchte, muß konsequenterweise Publikum und Wissenschaft politpädagogischer Schulung unterwerfen, ... Die Reduktion des Geschichtsinteresses auf ein ‚praktisches Erkenntnisinteresse‘ wird der Realität unserer historischen Kultur nicht gerecht, und für unsere Kulturpolitik müßte es auf die Dauer schwerwiegende destruktive Folgen haben, wenn ‚Praxis‘ als Legitimationsinstanz für Historie dominante Geltung gewänne.“

Das sagt kein Geringerer als Hermann Lübke.

Die Schwierigkeit, angesichts grundlegend verschiedener Wissenschaftsauffassungen zu objektiv zutreffenden Aussagen zu kommen, liegt auf der Hand. Verständnis habe ich daher für Vorschläge, die darauf abzielen, die unterschiedlichen Standpunkte nebeneinanderzustellen. Allerdings meine ich, daß Kategorien wie „Frieden“ oder „Nachbarschaft“ oder „Versöhnung“ den Versuch gemeinsamer Aussagen rechtfertigen. Da sollte es keine Auffassungsunterschiede geben, und ich habe nie welche bezüglich dieser wichtigen Fragen gemacht.

(Minister Dr. Braun)

Nach meinem Wissenschaftsverständnis dürfen Darstellungen bestimmter geschichtlicher Epochen nichts Wesentliches verschweigen. So muß das große Leid genannt werden, das dem polnischen Volk zugefügt wurde und das Millionen vertriebene Deutsche erduldet haben.

Sehr erschwerend für die **deutsch-polnischen Expertengespräche** war von Anfang an die Tatsache, daß die deutsche und die polnische Delegation wegen der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen **staatlichen Ordnungen** einen ungleichen Status besitzen. Die deutschen Wissenschaftler haben weder einen amtlichen Auftrag noch ein politisches Mandat. Die polnischen Wissenschaftler dagegen sind mit klaren politischen Weisungen ausgestattet, die sich allein schon aus dem dortigen Wissenschaftsverständnis ergeben. Demzufolge konnten Mißverständnisse über den tatsächlichen Stellenwert der „Empfehlungen“ nicht ausbleiben.

Und eines möchte ich ganz klarstellen: Herr Kollege Lund, Sie haben nicht zum Ausdruck gebracht, daß die Behauptungen, die Urteile von mir stammen; aber dies hätte eben gesagt werden müssen. Ich kritisiere keinen **Vertreter der deutschen Delegation** — das habe ich nie getan; ich würde mich hüten, so etwas zu tun — allein wegen seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei. Ähnliches ist von mir nie auch nur im Ansatz gesagt worden. Ich hielte dies für verwerflich. Ich spreche auch keinem polnischen Wissenschaftler die Sachkompetenz ab, sondern ich beziehe mich ausschließlich auf das dort verordnete Wissenschaftsverständnis. Vielleicht können wir uns darauf einigen, damit nicht Kritik an den Personen zurückbleibt. Das ist mir ein ganz wesentliches Anliegen.

Nach der Auffassung der Landesregierung können solche „**Empfehlungen**“ keinen amtlichen Charakter haben. Diese Haltung wird auch von der Bundesregierung geteilt. Ich gehe davon aus — und ich glaube, dies berechtigterweise tun zu können —, daß genau dies von dem Herrn Bundeskanzler gemeint war, als er in der Besprechung mit den Regierungschefs der Länder am 4. Juni 1976 feststellte, die Länder seien aufgrund der Formulierungen in Artikel 4 des Kulturabkommens frei, inwieweit sie die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission übernehmen.

Wenn Ihr Antrag so zu verstehen ist, als würden mit den „**Empfehlungen**“ Maßstäbe gesetzt für die **Zulassung von Schulbüchern**, dann handelt es sich in der Tat um ein Mißverständnis, zu dem ja der von Ihnen auch zitierte Professor Dr. Gotthold Rhode Stellung genommen hat. Auch ich hatte mir genau dieses Zitat hier aufgeschrieben; ich brauche es nicht zu wiederholen. Es steht, von Ihnen vorgetragen, im Raum.

Sie haben auf die Erklärung meines Kollegen Dr. Remmers in Niedersachsen Bezug genommen. Ich habe hier die gleiche Presseerklärung liegen, die auch Sie benutzt haben. Gestatten Sie mir bitte, daß ich das Zitat der **Presseerklärung** meines Kollegen Dr. Remmers genau dort beginne, wo Sie es abgebrochen haben. Genau in Fortsetzung des von Ihnen Zitierten

— ohne einen Satz zu übergehen; Herr Präsident, wenn Sie dieses Zitat gestatten — schreibt Herr Dr. Remmers in seiner Presseerklärung:

„Gleichzeitig zeigen aber die Empfehlungen nach Auffassung von Dr. Remmers auch die sich aus Kompromissen und Auslassungen ergebenden Grenzen auf, die derzeit noch der Verständigung gezogen seien. Besonders diese unscharfen, vieldeutigen und lückenhaften Kompromißformeln wie zum Beispiel die Begriffe ‚Zwangsumsiedlung‘ und ‚Transfer‘ begründeten die Vorbehalte gegenüber den Schulbuchempfehlungen.“

So weit wörtlich aus der von Herrn Dr. Remmers herausgegebenen Pressemitteilung!

(Beifall bei der CDU)

Letzteres scheint mir gerade das Entscheidende zu sein. Ich vermag keinen Unterschied herauszulesen zwischen dem Anliegen meines Kollegen Remmers und dem, was ich hier vorgetragen habe und heute wiederhole.

Meine Damen und Herren, für **Schulbuchgenehmigungen** in Schleswig-Holstein ist maßgebend, daß die Inhalte der Schulbücher nicht gegen **Verfassungsrecht** — dies wiederhole ich — oder gegen andere Rechtsvorschriften verstoßen und daß sie den Anforderungen und Entwicklungen der gültigen **Lehrpläne** inhaltlich, didaktisch und methodisch entsprechen. Auch der Artikel 4 des Kulturabkommens, bei dem es sich in erster Linie um eine — wie es heißt — „Bemühensklausel“ handelt, entbindet auf gar keinen Fall die Länder von ihrer im Rahmen unseres föderalistischen Bildungssystems zu verantwortenden Zuständigkeit für die Schulbuchzulassung.

Mit einer Reihe inhaltlicher Aussagen oder „**Empfehlungen**“ kann die Landesregierung keinesfalls einverstanden sein, zeigen doch gerade hier die gefundenen **Kompromißformeln und Auslassungen** die Grenzen auf, die, wie auch Herr Dr. Remmers sagt, einer Verständigung noch gezogen sind.

In den „**Empfehlungen**“ können die tatsächlichen **Massenvertreibungen** auf gar keinen Fall — wie es heißt — „Bevölkerungsverschiebungen“, „**Zwangsumsiedlungen**“ oder „**Transfer**“ genannt werden. Die jeweilige Verwendung der Begriffe „zwei deutsche Staaten“ und „**deutsche Zweistaatlichkeit**“ in den „**Empfehlungen**“ darf so von uns nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Rolle der **Sowjetunion**, die sowohl für die Entwicklung an der polnischen Ost- wie auch an der polnischen Westgrenze sowie für die deutsch-polnischen Beziehungen von größter Bedeutung ist, darf nicht ausgeklammert werden.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist doch ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der Geschichte dieser beiden Länder.

Der Umstand etwa, daß in einem deutschen Schulbuch der Tatbestand der Vertreibung beim Namen genannt wird, daß die territorialen Veränderungen in

(Minister Dr. Braun)

Ost- und Mitteleuropa aufgezeigt werden und daß die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches beschrieben wird, kann doch wohl nicht dazu führen, daß dieses Schulbuch aufgrund der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nicht zugelassen wird. Das würde in der Wirklichkeit bedeuten, daß einer Vielzahl der von anerkannten **Schulbuchverlagen** auf dem deutschen Schulbuchmarkt angebotenen und bewährten Schulbücher für den Geschichtsunterricht die Genehmigung für den Schulunterricht verweigert werden müßte. Das wäre doch die praktische Konsequenz.

Bei den bisherigen Fachgesprächen über die Schulbücher konnten — auch Sie, Herr Kollege Lund, haben dies als ein bemerkenswertes Phänomen herausgestellt — manche **psychologischen Barrieren** abgebaut werden. Solche **Expertengespräche** sollen der offenen Aussprache über sämtliche Themen und somit der Wahrheitsfindung sowie der korrekten Darstellung des anderen Staates in seiner historischen Entwicklung dienen. In diesem Sinne versteht die Landesregierung unter dem Artikel 4 des genannten Kulturabkommens nicht die unkritische Übernahme von Gesprächsergebnissen, sondern Überprüfung und Begutachtung mit Blick auf mögliche Verwendung in der Schulpraxis. Und es ist selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß sich die zuständigen Mitarbeiter, insbesondere im Institut für Praxis und Theorie in der Schule mit diesen Fragen beschäftigen, sehr intensiv beschäftigen, und daß versucht wird, zu erreichen, daß das, was wirklich zu vertreten ist —, mit gutem Gewissen zu vertreten ist —, auch seinen Niederschlag in der Konzeption von **Lehrplanarbeit** und Berücksichtigung bei der **Genehmigung von Schulbüchern** findet. Das sind Selbstverständlichkeiten. Ich müßte diesen Herren Vorwürfe machen, wenn sie diese Dinge an sich vorbeilaufen lassen würden.

Durch die Versachlichung und durch eine Erweiterung der in Schulbüchern enthaltenen Informationen kann zu mehr Verständnis zwischen den Völkern beigetragen werden. Aus diesem Grunde begrüße ich die Tatsache, daß sich deutsche und polnische Historiker und Geographen gemeinsam an einen Tisch setzen und — wie Sie, Herr Lund, ebenfalls festgestellt haben — in deutscher Sprache über Möglichkeiten der Versachlichung der eigenen Schulbücher miteinander reden können. Aber, meine verehrten Kollegen, auch für die Arbeit von **Schulbuchkommissionen** muß die Forderung von Solschenizyn an jeden Autor und damit auch an Verfasser von Schulbüchern, an Schulbuchexperten, Gültigkeit haben, der schrieb — Herr Präsident, gestatten Sie das Zitat von Solschenizyn! —: „Unter keinen Umständen einen einzigen Satz schreiben, unterschreiben oder drucken, der nach seiner Meinung die Wahrheit entstellt.“

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Busack.

Busack [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kultusminister hat soeben in geradezu klassischer Weise vorgeführt, wie man versuchen kann, den Eindruck zu erwecken, als bezöge man bestimmte Positionen, ohne doch genau zu sagen, was man für seinen Bereich der Verantwortung will und was man nicht will.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube — der Herr Ministerpräsident ist gerade hinausgegangen —, daß das garantiert nicht dem entspricht, was zwischen den **Ministerpräsidenten** der Bundesländer einerseits und dem **Bundeskanzler** andererseits zwar nicht vereinbart, aber abgesprochen worden ist. Sicherlich wäre die Landesregierung gut beraten, wenn sie sich damit befaßte, wie man die Position des Kultusministers noch ein wenig konkretisieren könnte.

Obwohl **Schulbücher** nach dem pädagogischen Selbstverständnis der Didaktik und der Methodik nur eine unterrichtsbegleitende und -ergänzende Funktion haben sollten, sieht es im Schulalltag und in der tatsächlichen Unterrichtsarbeit nicht selten anders aus. In der **Unterrichtswirklichkeit** rücken sie häufig zugleich als Lehr- und Lernmittel in den Mittelpunkt. Das Schulbuch wird zur zentralen Grundlage des Lernens und des Lehrens, der Vorbereitung der Lehrkraft ebenso wie der vorausseilenden oder nachholenden Lernarbeit des Schülers. Die Sprache des Schulbuchs, seine Inhalte und Fachausdrücke prägen das Bewußtsein der Schüler, und nicht nur der Schüler, auch der Eltern, zum Teil nachhaltig. In der Fülle der Informationsmöglichkeiten ist das Schulbuch sozusagen der überschaubare Hafen, von dem aus man auf neue Erkundungsfahrten geht.

Dies gilt um so mehr für Fächer wie **Geschichte**, **Geographie** und **politische Bildung**, in denen terminologisch und inhaltlich strittige Sachverhalte und Unterrichtsgegenstände behandelt werden müssen und die Lehrkraft auf allseits anerkannte Regelungen und Darstellungen im Schulbuch meint zurückgreifen zu sollen. Von hier aus gesehen war es schon immer schwierig, in der historischen und geographischen Darstellung des **polnisch-deutschen Verhältnisses** abwägend und ausgewogen zu vermitteln. Man kann auch sagen: Es ist sicherlich beiderseits viel gesündigt worden. Das gilt um so mehr, als die alltägliche Unterrichtsvorbereitung in den genannten Fächern nicht den Sinn haben kann, einerseits selbständig zu forschen oder andererseits Forschungsergebnisse ungeprüft zu übernehmen.

Dies alles in Rechnung gestellt, bleibt es um so erfreulicher, wenn Fachleute der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich den Versuch unternommen haben, eine **Unterrichtsgrundlage für Schulbücher** zum wechselseitigen Verständnis der polnischen und der deutschen Jugend — und nicht nur der Jugend — zu erarbeiten und den Weg für eine weitere Zusammenarbeit freischaufeln zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

(Busack)

Und da ist noch mehr zu tun, als mancher in seinem illusionären Raum meint annehmen zu müssen.

Es darf nicht geschehen, daß diese Grundlage für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Schulbücher zerredet und durch Finten und Finessen föderaler Kulturhoheit und Vorbehalte zur Unverbindlichkeit verwässert wird.

(Beifall des Abgeordneten Wiesen [SPD])

Einen Beitrag zu einer solchen Verwässerung hat der Kultusminister hier heute bedauerlicherweise geliefert. Es kommt vielmehr darauf an, den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen als dem Ergebnis einer partnerschaftlichen, mühsamen, langwierigen und soliden Arbeit beider Seiten höchstmögliche Verbindlichkeit einzuräumen. Wer dies nicht will, der soll es offen sagen; der soll auch sagen, warum er es nicht will, welche Ergebnisse er zurückgestellt haben möchte und welche neu zu verhandeln sein sollen.

(Beifall des Abgeordneten Wiesen [SPD])

Ich meine, wir wären gut beraten, wenn wir dabei auch unsere Interessen an einer wirklichkeitsnahen, ideologiefreien und ausgleichenden Darstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses in den polnischen Geographie- und Geschichtsbüchern im Auge behielten. Dies ist ein Gesichtspunkt, der viel zu häufig zu kurz kommt.

Es macht schon einen Unterschied, wenn in Polen vor wenigen Jahren noch **West-Berlin** als ein — ich zitiere — „Zentrum feindlicher Tätigkeit westdeutscher Imperialisten und Revisionisten“ in Geographiebüchern gekennzeichnet wurde, heute aber nur mehr als — Zitat — „eine besondere politische Einheit“.

Es macht schon einen Unterschied, ob der **Nord-Ostsee-Kanal** gebaut wurde — Zitat —, „um den Weg von der Ost- zur Nordsee in einer Hand zu haben“, oder ob er geschaffen wurde — wie es nunmehr in polnischen Schulbüchern heißt —, „um den Weg von der Ost- zur Nordsee abzukürzen“.

Vieles ist sachlicher geworden, auch wenn wir Professor Walter Mertineit, dem Vorsitzenden des Schulbuchausschusses der deutschen UNESCO-Kommission, zustimmen, wenn er feststellt — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

„In den deutschen Schulbüchern stehen über Polen seit 1974/75 keine Ungeheuerlichkeiten mehr. Polnischerseits aber sind Verbesserungen, was die Darstellung der Bundesrepublik betrifft, sehr gegeben.“

Diese Verbesserungen zu erreichen ist unser Interesse, und die 27 deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen können dafür als solide Grundlage mit höchstmöglicher Verbindlichkeit als Empfehlungen, wie gesagt, genutzt werden. Die vom Februar 1972 bis zum April 1977 in neun Konferenzen erarbeiteten **Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission** sind ein wesentlicher, punktueller Konsens von maßgeblichen und repräsentativen Fachleuten und Wissenschaftlern in strittigen Fragen der gemein-

samen Geschichte und ein nachhaltig wirksamer Beitrag zur Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses.

Es sind nicht allein Empfehlungen für Schulbehörden, Schulbuchautoren und -verlage, sondern auch — worauf wir zu achten haben — für **Jugend- und Lehrerorganisationen** sowie für die **Massenmedien** — ein Gesichtspunkt, der ebenfalls in der Diskussion ein wenig zu kurz kommt.

An diesen Empfehlungen haben sowohl Experten der Geschichtswissenschaft wie auch der geographisch-politischen Wissenschaften mitgearbeitet. Unter der Schirmherrschaft der beiden **UNESCO-Kommissionen** erarbeitete die Schulbuchkonferenz nicht allein Empfehlungen, sondern gelangte auch — da komme ich auf das zurück, was auch Sie als eine Möglichkeit dargestellt haben — über das Nebeneinander von Darstellungen beider Seiten über sogenannte gegenseitig verbesserte Selbstdarstellungen zu einem Dialog, der als solcher schon nicht hoch genug bewertet, der als Politikum bewertet werden kann und auch unabhängig von den Schulbuchempfehlungen seine eigengesetzlich weiterwirkende Kraft entfalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Es kann in dieser Aussprache zu dem Antrag Drucksache 8/770 der SPD-Landtagsfraktion nicht unsere Aufgabe sein — so groß die Versuchung auch ist —, die Diskussion der Schulbuchkonferenzen mit ihren Spezialkonferenzen seit 1972 nachzuvollziehen. In einem solchen Versuch könnte man alles und nichts beweisen: den Verrat an deutschen Interessen ebenso wie den Verrat an polnischen. Die Politiker haben statt dessen jenen Fachleuten im vopolitischen, wenn auch nicht unpolitischen Raum zu danken, die im Bewußtsein der Schwierigkeiten ihrer Aufgabe als Geographen und Historiker in die Zukunft der Jugend beider Staaten geschaut haben. Zu danken hat der, der weiß, wie schwierig eine solche Arbeit ist und wie sensibel gerade Schulbücher historisches Bewußtsein prägen.

Manches wurde ausgeklammert, sozusagen „gekiesigert“, manches blieb unerwähnt, wurde mit Absicht nicht detailliert erörtert. Auf diese Weise ergeben sich Lücken und Verkürzungen, die es wohl- und übelmeinenden Kritikern nicht erschweren, den Text anzugreifen, insbesondere dann, wenn einige, nicht unmaßgebliche Kritiker das Schlachtfeld mit dem Schulbuch verwechseln, um nachträglich den Krieg zu gewinnen.

(Dr. Bendixen [CDU]: Wer denn?)

und um zu retten, was die Politik des nationalsozialistischen Verbrechergesindels verspielt hat.

(Beifall bei der SPD — Dr. Bendixen [CDU]: Wer denn? Nennen Sie mal Namen!)

So wird in ernzunehmender Weise darauf hingewiesen, daß die Empfehlungen die Rolle der **Sowjetunion** für die polnische und insofern auch für die deutsche Geschichte ausklammern. Das war unver-

(Busack)

meidbar; denn die Sowjetunion war in der Schulbuchkommission nicht vertreten, und deutsche Gründlichkeit hat sie trotz alledem nicht an der Mitarbeit beteiligen können.

Für das Procedere bleibt richtig, daß, wer sich zuviel vornimmt, nicht selten gar nichts erreicht, auch wenn es zutrifft, daß in einer abgewogenen und unangreifbaren Darstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses der Einfluß der UdSSR entsprechend seiner Bedeutung berücksichtigt werden sollte. Selbstverständlich besteht ein Zusammenhang zwischen der Gebietsabtretung Polens an die UdSSR und der Ausdehnung des polnischen Staatsgebiets bis zur Oder-Neiße-Grenze.

Vor diesem Hintergrund bleibt dennoch zutreffend, was in den Empfehlungen dazu gesagt wird:

„Als Folge des zweiten Weltkriegs und des Zusammenbruchs des nationalsozialistischen Regimes kam es zu einer neuen weltpolitischen Konstellation. Sie setzte den Rahmen auch für das deutsch-polnische Verhältnis. Auf polnischer Seite kam es zur Wiederherstellung des eigenen Staats als ethnisch geschlossener Nationalstaat in neuen Grenzen, der aber der außenpolitischen Sicherung bedurfte, auf der deutschen Seite zu der faktischen Auflösung des Deutschen Reichs.“

Was kann man heute eigentlich von einer bilateralen Kommission mehr verlangen als dies, nämlich in gemeinsamem Bemühen Sachverhalte so darzustellen, daß beiderseits Reizworte und Reizthemen vermieden werden

(Beifall bei der SPD)

und daß sie über das Mittel einer sprachlichen Verständigung eben die von mir genannten Wege freischaufelt? Walter Mertineit hat dazu festgehalten:

„Die deutsch-polnischen Empfehlungen zur Behandlung der Zeitgeschichte sind in einer Sprache abgefaßt, die die in der Tagespolitik hüben und drüben häufig zu polemischen Zwecken benutzten Reizwörter zu vermeiden sucht.“

Der Warschauer Korrespondent der **FAZ** schreibt: „Der zweite Akt der Tragödie der beiden Völker im 20. Jahrhundert wird mit der Nüchternheit eines Wetterberichts dargestellt.“

So problematisch diese Nüchternheit bleibt: Wir Sozialdemokraten meinen, Nüchternheit auf den Arbeitsfeldern der fortwährenden Versöhnung und des Ausgleichs kann ein guter Wegbereiter, eine Hilfe für die Vernunft sein.

(Beifall bei der SPD)

Nüchternheit war aber gerade nicht auf Seiten jener anzutreffen, denen — auch in den Reihen der CDU/CSU — die ganze Richtung nicht paßt: rechtslastigen Shylocks, die ausgesprochen oder unausgesprochen mit ihrem schönen Schein das Völkerrechtsreich von gestern als Wirklichkeit von morgen einlösen wollen. Sie gibt es. Wenn sie gezwungen sind, sich zu artikulieren, wie der Namensvetter und Parteifreund unse-

res Kollegen Friedrich im **Hessischen Landtag** in der Debatte über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vom 29. Januar 1977, dann hört es sich — als hätte es einen Walther Leisler Kiep und einen Ernst Albrecht nie gegeben — so an:

„Im Falle der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz sind es Begegnungen zwischen freien Bürgern und Vertretern einer kommunistischen Diktatur, eines totalitären Regimes.“

um bejammernd fortzufahren, daß in den Empfehlungen **Grenzregelungen** nicht als Folge, sondern ausdrücklich als Ergebnis des Krieges dargestellt werden, was befürchten lasse, daß von unseren Schulkindern die kommunistische Philosophie „Gewalt geht vor Recht“ verherrlicht werde.

Ob Folge oder Ergebnis, ich meine: Wer kann ernsthaft und begründet bestreiten wollen, daß der **zweite Weltkrieg** Tatsachen geschaffen hat, die uns zwingen und zwingen, umzudenken und an die Zukunft der Friedenssicherung zu denken? Territoriale Realitäten durch Rechtsansprüche auf Veränderungen und Revisionen überspielen zu wollen — der europäischen Friedenssicherung dient dies sicherlich nicht; im Gegenteil!

In derselben Sitzung des Hessischen Landtags wurde derselbe Abgeordnete Friedrich noch deutlicher, als er meinte:

„In der sechsten und letzten Empfehlung wird die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen beschrieben; ‚jetzt und in Zukunft‘, wie es darin heißt. Dies, möchte ich ehrlich zugeben, kann sicherlich weniger der Schulbuchkonferenz als der Bundesregierung mit ihrer leichtfertigen Vertragspolitik angelastet werden.“

(Dr. Bendixen [CDU]: Ja, und?)

— Ich freue mich, wenn Sie dazu mit Zwischenrufen einiges für den Stenographischen Bericht festhalten wollen; aber Sie sind ebenso vorsichtig wie der Herr Kultusminister.

Der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Stanitzek bezweifelt grundsätzlich, daß über — wie er formulierte — „Geschichtsabläufe“ überhaupt Verträge „mit den Staaten, in denen das Völkerrecht mit der staatlichen Wirklichkeit auf den Kopf gestellt wird“, abgeschlossen werden können.

Ich zitiere diese beiden Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion nicht, weil ihr Landesvorsitzender Alfred Dregger heißt; ich zitiere sie auch nicht, weil ich vermutete, daß ihre Position die der Landesregierung sein könnte; aber ich zitiere sie, weil ich vermute, daß die Stellungnahme der Landesregierung — ausgesprochen und unausgesprochen — auch aus wahltaktischer Rücksichtnahme gegenüber jenen erfolgte, für die die beiden CDU-Landtagsabgeordneten aus Hessen so erfrischend deutlich die revisionistische Katze aus dem ostpolitischen Sack gelassen haben

(Beifall bei der SPD)

(Busack)

und deren offizielle Sprachlosigkeit angesichts des Kniefalls Willy Brandts in Warschau sich am Stammtisch sehr wohl zu artikulieren weiß.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre der Sache der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sicherlich abträglich, wollten wir mit der Debatte über ihre Berücksichtigung in unseren Schulbüchern die historisierende Debatte über das **ostpolitische Vertragswerk** mit der Sowjetunion, mit Polen, der DDR und der CSSR fortsetzen. Angesichts der unklaren und kompromißscheuen Stellungnahme des Kultusministers — denn er hat zu Kompromissen Stellung genommen — muß aber festgehalten werden: Ohne dieses Vertragswerk könnten wir heute über den wesentlichen Fortschritt der **deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen** nicht beraten. Die CDU/CSU war in ihrer eindeutigen Mehrheit gegen dieses Vertragswerk der Entspannungspolitik, in der Ausgestaltung seiner Essentials in sich zerstritten und zeitweise insgesamt barzelesk handlungsunfähig.

(Beifall bei der SPD)

Die **Kulturhoheit der Länder** zwingt die SPD-Landtagsfraktion dazu, den Herrn Ministerpräsidenten an einiges zu erinnern, und veranlaßt uns, darauf zu dringen, daß in diesem Lande entsprechend dem Kulturabkommen auf die Realisierung der Schulbuchempfehlungen hingewirkt wird. Wir mahnen eine entsprechend klare Äußerung von seiten der Landesregierung gerade nach den Ausführungen des Herrn Kultusministers an.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Herr Kultusminister hier sagt, es hätten kein amtlicher Auftrag und auch kein Mandat bestanden, so ist das doch ein Herunterspielen eines Vertragswerks, das völkerrechtliche Qualität hat. Daran kommen auch Sie nicht vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Die **Schulbuchautoren und -verleger** sind auf eindeutige Zeichen angewiesen. Ohne diese Zeichen laufen viele von ihnen Gefahr, Schulbücher anzubieten, die zwar ihrem Sach-, Freiheits- und Rechtsstaatsverständnis entsprechen, aber im Zulassungsverfahren in Schleswig-Holstein auf der Strecke jener bleiben, die mit und ohne politische Weisung gar nicht oder nur allzu langsam begreifen, worauf es heute im Verhältnis zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik ankommt. Höchstmögliche **Verbindlichkeit der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen** zu fordern heißt auch, daß sich der Kultusminister für die Landesregierung dazu äußert, was nicht als verbindlich angesehen werden kann und was nach seiner Meinung mit Erfolg für die deutsche Auffassung erneut verhandelt werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Es geht hier um ein Vertragswerk, um eine völkerrechtliche Qualität sui generis selbstverständlich, wie vom Kollegen Lund und von mir dargestellt. Ich halte

wenig davon, daß von Bundesland zu Bundesland eine graduell und grundsätzlich unterschiedliche Verbindlichkeit der Empfehlungen festgelegt und praktiziert wird, ganz abgesehen von den Konsequenzen für die Schulbuchautoren und -verlage. Wenn durch eine graduell und grundsätzlich unterschiedliche Handhabung der Verbindlichkeit die mühsam und auf dem Kompromißwege erarbeiteten deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen verwässert würden, so hätten das erstens ihre Initiatoren und Autoren nicht verdient, würde das zweitens nicht ohne Rückwirkungen in Polen bleiben — ich habe das deutsche Interesse dargelegt — und müßten drittens Kultusminister wie Landesregierung aufzeigen, wie sie es denn in einem übersehbaren Zeitraum besser machen wollen.

Noch ist die Sache der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nicht verloren. Wir sollten bei alledem zur Kenntnis nehmen, was der Leiter der polnischen Seite in der Schulbuchkommission in der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“ berichtet hat. Wladislaw Markiewicz schreibt:

„All dies bewirkt, daß selbst im Rahmen der einzelnen nationalen Expertengruppen es nicht einfach war, Einmütigkeit zu erreichen,“

— im Rahmen der einzelnen nationalen Expertengruppen! —

„und daß jede — wie es äußerlich scheinen konnte — ziemlich triviale Bezeichnung oder jeder Satz, bevor er in die entsprechende Empfehlung aufgenommen wurde, von den Mitgliedern der Kommission außergewöhnlich sorgfältig ausgewogen und einer fast mikroskopisch genauen Beurteilung unterzogen wurde. Immerhin betraf dies sehr kontroverse und gleichzeitig politisch und ideologisch äußerst delicate Probleme, welche zusätzlich moralische Erinnerungen hervorriefen, wie z. B. Gebietsveränderungen, Umsiedlung der Bevölkerung und Überwindung der Vergangenheit.“

Soweit Wladislaw Markiewicz!

Das **deutsch-polnische Verhältnis** wäre nicht zu verbessern, wären wir nicht unsererseits bereit, die leidvolle polnische Geschichte als den Kampf des polnischen Volkes für seine staatliche Identität zu sehen, der in der jüngeren Geschichte im Kampf gegen Hitlers Ausrottungskrieg gipfelte. Das deutsch-polnische Verhältnis wäre nicht zu verbessern, wenn wir nicht bereit wären einzusehen, daß die deutsche Geschichte im Verhältnis zu Polen ein Teil unserer Geschichte ist, polnische Geschichte aber als das Geschehen der nationalen und staatlichen Selbstbehauptung Polens vor allem die Geschichte seines Verhältnisses zu Deutschland und zur Sowjetunion.

Die verbindliche Realisierung der gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen entsprechend dem deutsch-polnischen Kulturabkommen vom 11. Juni 1976 kann und soll das Verhältnis verbessern helfen. Ich wiederhole den Appell meines Kollegen Lund: Nutzen wir die Chance! Zeigen wir Flagge!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ronneburger.

Ronneburger [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kultusminister hat seine Ausführungen vorhin mit einem Hinweis auf ein Zitat beendet, in dem von der Wahrheit die Rede war. Der Herr Präsident möge mir gestatten, in diesem Zusammenhang aus einer Fragestunde des **Deutschen Bundestages** einige kurze Passagen zu zitieren, aus einer Fragestunde, die am 23. Oktober 1975 stattfand und in der es ebenfalls um die Empfehlungen der Schulbuch-Kommission gegangen ist. Fragesteller war in diesem Fall zu einer Zusatzfrage der Abgeordnete Jäger (Wangen), CDU/CSU, und die Frage lautete:

„Herr Staatsminister, nachdem es sich aber jetzt darum handelt, daß eine Kommission eingesetzt ist, deren politisches Ziel ja gerade darin besteht, dafür zu sorgen, daß entgegen allen früheren Verfälschungen und Unrichtigkeiten in beiden Staaten die geschichtliche Wahrheit zum Durchbruch kommen soll, frage ich: Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß das, was diese Schulbuchkonferenz produziert, mit dieser geschichtlichen Wahrheit ... übereinstimmt?“

Antwort von Staatsminister Moersch:

„Herr Abgeordneter, ich hoffe, daß in künftigen Schulbüchern und in den Unterrichtsgestaltungen — das kommt ja noch hinzu; es ist eine Frage der demokratischen Gesinnung von Lehrpersonen, wie Sie wissen — z. B. auch ein gegenteiliger Standpunkt etwa in den Fragen mit einbezogen wird, wie sie sich hier oft in Debatten wiederfinden, damit sich junge Menschen aus der Qualität der Argumente, die da und dort vorgebracht werden, ihre eigene Meinung bilden können. Sie sollen doch nicht indoktriniert werden. Aber von einer Regierung — ich hoffe, Sie mißverstanden zu haben — zu verlangen, daß sie die Wahrheit feststellt, um sie dann in Schulbüchern niedergeschlagen zu wissen, halte ich für eine übertriebene Forderung an Regierungen, denn die Wahrheit, die wir für unsere Wahrheit halten, teilen Sie beispielsweise gar nicht unbedingt, wie ich aus Ihrer Frage entnommen habe.“

Und ich glaube, Herr Kollege Braun, daß auch Sie nicht aufgerufen sind, absolute Wahrheiten festzustellen und sie sich in Schulbüchern niederschlagen zu lassen.

(Zuruf von Minister Dr. Braun)

— Ich komme auf die Frage der **wissenschaftlichen Wahrheit** in diesem Zusammenhang noch zu sprechen, Herr Kollege Braun! Zunächst einmal das, was die Regierung tun kann!

Ist es eigentlich angesichts des politisch-geschichtlichen Hintergrundes des **deutsch-polnischen Verhältnisses** angemessen und richtig, in der Weise, wie es

hier geschieht, Vorbehalte aufzurichten, ehe ich den jungen Menschen auch in unserem Lande und in Polen Gelegenheit gebe,

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

aus unterschiedlichen Darstellungen möglicherweise ihre eigene Meinung zu bilden, die Qualität der Argumente gegeneinander abzuwägen? Und ich möchte eigentlich einmal den Historiker sehen, der von sich sagen würde — ob er nun auf polnischer oder auf deutscher Seite spricht —, er befinde sich im Besitz der absoluten Wahrheit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich glaube, daß die historische Wissenschaft heute — im Gegensatz zu dem, was früher einmal ihr Ziel, ihre Argumentation und ihre Arbeitsweise gewesen ist — eben nicht mehr an der absoluten Wahrheit arbeitet, sondern an einer **Darstellung geschichtlicher Entwicklungen**, aus denen jeweils in der gegebenen Situation die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden können.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich meine aber auch, daß wir diese **deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen**, meine Damen und Herren, nicht ohne einen Blick auf den politischen Hintergrund und auf die Vorbelastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses behandeln können. Und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich aus einer neutralen Quelle ein Zitat bringen, aus einer Wiener Zeitung, und zwar zu jenem Zeitpunkt, als der **deutsch-polnische Vertrag** unterzeichnet worden ist. Es heißt in diesem Zitat:

„Kämpfen und töten, beherrschen und morden, hassen und rächen und wieder töten — diese Vokabeln dienten allzulange zur sogenannten Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Unzählige Menschen verloren Leben oder Heimat. Sie litten und starben, egal in welcher Sprache ihre letzten Worte geflüstert wurden. Nur der Haß, der starb nicht.“

So eine Zeitung aus dem neutralen Ausland mit einem Blick auf das, was Vorgeschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses vor dem Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages gewesen ist! Ich meine, wir müssen uns diesen Hintergrund immer wieder vor Augen führen, wenn wir uns vor die Frage gestellt sehen, wie wir zum Beispiel deutsch-polnische Schulbuchempfehlungen bewerten wollen und wieviel Wert wir eigentlich darauf legen, daß jener Weg, den wir seit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages im Verhältnis der beiden Völker, zueinander zurückgelegt haben, auch künftig in die richtige Richtung führt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Vertrag vom 7. Dezember 1970 und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975 über die Ausreise von 120000 Deutschstämmigen aus Polen, über die Rentenregelung und über die langfristige

(Ronneburger)

wirtschaftliche Zusammenarbeit haben das Fundament gelegt; aber auf ihm hat sich in den letzten Jahren ein intensiver menschlicher, wirtschaftlicher und kultureller Kontakt entwickelt, so daß wir heute doch wohl von einer wirklichen Klimaänderung sprechen können.

Ich will hier nur ein Faktum anführen, um zu zeigen, was damit gemeint ist. Vor wenigen Tagen kam eine gute Nachricht aus Warschau. Unsere deutsche Botschaft meldete, daß sie seit Anfang des Jahres — dieses Jahres, meine Damen und Herren! — bereits 117000 polnischen Bürgern Visa für Besuche in der Bundesrepublik Deutschland ausgestellt habe. Eine solche Fülle an **Verwandtenbesuchen, Touristenreisen** und Dienstreisen aus Polen hat es ja wohl noch nie gegeben. Ich meine, daß dies mehr für die fortschreitende Normalisierung zwischen Deutschen und Polen spricht als so manche wohlöbliche Sonntagsrede und so mancher diplomatische Akt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich möchte hinzufügen: Wer auf eine friedvolle **Zusammenarbeit in Mitteleuropa** Wert legt, kann diese Entwicklung wohl nur mit Erleichterung verfolgen, denn man kann über Jahrzehnte — und auch hier geht es um die historische Darstellung —, vielleicht über Jahrhunderte hinweg mit Gesetzmäßigkeit verfolgen, daß der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen Auskunft darüber gibt und Auswirkungen auf das europäische Klima schlechthin hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Im Westen Europas spielten die **deutsch-französischen Beziehungen** eine ähnliche Rolle. Herr Mischnick, Vorsitzender der F.D.P.-Bundestagsfraktion, der kürzlich in Polen war, weist zu Recht darauf hin, daß es nur logisch war, daß der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer — den ich hier ja wohl, wie ich hoffe, mit allgemeiner Zustimmung und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren darf —, die **Aussöhnung mit Polen**, meine Damen und Herren, in den gleichen Rang erhob wie die Überwindung der angeblichen deutsch-französischen Erbfeindschaft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es lag mir daran, die **deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen** nicht nur als eine Frage der Bildungspolitik im Lande Schleswig-Holstein zu behandeln, sondern auch darauf hinzuweisen, welchen Hintergrund sich für alle notwendigen Erwägungen denn eigentlich stellt und in wieweit wir dringende Veranlassung haben, notwendige, nachdrückliche Überlegungen darüber anzustellen, wie wir erreichen können, daß ein solcher Faktor deutsch-polnischer Beziehungen nicht wieder zu einer Belastung des europäischen Klimas überhaupt werden kann. Aus den Erfahrungen, die Herr Mischnick in seinen Gesprächen jetzt in Warschau gemacht hat, läßt sich darüber hinaus feststellen, daß auch die polnische Seite zu einer flexiblen Handhabung dieser Schulbuchempfehlungen bereit ist; auch die polnische Seite ist

sich darüber im klaren, daß man hier nicht nur von einer absoluten Verbindlichkeit sprechen kann — so viel Verständnis man möglicherweise für die Vertreter eines autoritär regierten Staates haben könnte, die in jahrelangen Verhandlungen und mit direktem, klar umgrenztem Auftrag in diesen Kommissionen mitgearbeitet haben. Aber in den Gesprächen ist etwa der Vorwurf, die deutsche Seite würde sich an diese Abmachung nicht halten, nicht erhoben worden.

Auf Mischnicks wiederholten Hinweis in den Gesprächen, daß es in diesem Bereich deutsch-polnischer Schulbuchempfehlungen noch sachlich begründete Differenzen gebe, über die weiter verhandelt werden müsse, hat es immer einsichtige und vernünftige Reaktionen gegeben. Man war sich offenbar darüber im klaren, daß die Problematik — und hier stimme ich möglicherweise mit einer Ihrer Aussagen, Herr Kollege Braun, überein — auf der Expertenebene lange genug diskutiert worden sei und man jetzt auch damit beginnen müsse, zum Beispiel durch verstärkte **Lehrerkontakte** zwischen beiden Staaten dafür zu sorgen, daß sich nicht sosehr formelle Vereinbarungen als vielmehr das persönliche Erleben selbst und die aus der direkten politischen Auseinandersetzung gewonnenen Erkenntnisse durchsetzen. Aber dies alles — wenn man diese Lehrerkontakte, diese menschlichen, persönlichen Begegnungen und Aussprachen will — wird man nicht ohne den Blick auf das tun können, was diese Gespräche, diese Kontakte denn überhaupt erst ermöglicht hat. Die Gesprächsgrundlage der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen wird man dann eben auch nicht aus dem Auge verlieren dürfen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Lassen Sie mich das in aller Offenheit sagen: Unter diesem Blickwinkel ist mir das zu wenig, Herr Kollege Braun, was Sie in Ihrem Vortrag „Das Schulbuch im Blickpunkt der Schulpolitik“ am 6. Mai dieses Jahres gesagt haben: „Grundsätzlich begrüße ich den Versuch, sich über problematische wechselseitige historische und geographische Darstellungen in Schulbüchern mit anderen Ländern zu verständigen.“ Einen solchen Versuch kann man, glaube ich, nicht nur grundsätzlich begrüßen, sondern hier geht es um eine ganz notwendige Auseinandersetzung, auch wenn man sich darüber im klaren ist, daß die bisherigen Ergebnisse mit Sicherheit nicht alle Seiten befriedigen können. Kollege Busack hat mit Recht aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ den Hinweis auf die Nüchternheit zitiert, in der — vergleichbar einem Wetterbericht — manche Beurteilungen des zweiten Aktes der Tragödie beider Völker im 20. Jahrhundert erfolgten.

Aber lassen Sie mich auch gerade zu dieser Ihrer Äußerung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein anderes Zitat, ein Zitat von Professor Mertineit — mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —, bringen. Er schreibt genau zu diesem Punkt:

„Das ist gewiß nicht unproblematisch. Aber beim Versuch einer möglichst objektivierenden Betrachtungsweise gerade gegenüber den heikelsten historischen und politischen Konfliktstoffen, die heute noch in der Bundesrepublik und in der

(Ronneburger)

Volksrepublik Polen ungezählte Menschen tief erregen, weil sie hart von ihnen betroffen worden sind: Die Vergangenheit mit ihren großen Gegensätzen zwischen Deutschen und Polen können wir nicht mehr ändern, aber wir können sie noch in ihren schlimmsten Auswirkungen und Folgen rational und mit gegenseitigem Respekt vor unseren Empfindungen diskutieren“.

Darum geht es wohl letzten Endes, wenn wir über die Frage sprechen: Welche Auswirkungen können denn eigentlich solche Empfehlungen auch im Lande **Schleswig-Holstein** haben?

Hier sollte man dann auch wirklich mit aller Offenheit sagen, daß das **Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit** zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der **Volksrepublik Polen** trotz der Bereitschaft von deutscher Seite, die entsprechenden Noten austauschen zu wollen, noch nicht gemäß Artikel 16 in Kraft getreten ist. Wir nehmen das als ein Faktum und könnten es sicherlich auch als eine Reaktion der polnischen Seite in der Richtung erkennen, daß die polnische Seite ebenfalls noch nicht mit allen Formulierungen und endgültigen Ausprägungen dieser Schulbuchempfehlungen zufrieden ist.

Aber auf unserer Seite, von seiten der **Bundesregierung**, von seiten aller **Landesregierungen**, Kollege Braun, hat es die Zustimmung zu diesem Abkommen gegeben. Ich zitiere nur zwei Formulierungen aus der Rede des Kollegen Lund, die dieser bereits als wesentlich für den Inhalt dieses Abkommens dargestellt hat. „Darauf hinwirken“ und „berücksichtigen“, das ist gewiß nicht zuviel verlangt, aber — so meine ich —, das sollte dann auch durchsetzbar sein.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Wenn die Landesregierung darauf hinwirkt, daß diese Empfehlungen berücksichtigt werden, so wird niemand in diesem Hohen Hause verlangen, meine Damen und Herren, daß wir uns verbindlich im **Unterricht** an unseren Schulen an jede Formulierung dieser Empfehlungen zu halten hätten. Denn leben wir nicht eigentlich in einem Staat, in dem der Lehrer auch in der Lage ist, aus verschiedenen vorliegenden **Schulbüchern** auszuwählen? Und leben wir nicht in einem Staat, in dem die jungen Menschen dadurch auf ihr Hineinwachsen in einen demokratischen Staat vorbereitet werden, daß man sich nicht veranlaßt sieht, ihnen nur eine einseitige Darstellung bestimmter Vorgänge im Unterricht zu geben? Das scheint mir eine berechnete Frage in diesem Zusammenhang zu sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die polnische Seite betrachtet diese Schulbuchempfehlungen trotz der Bedenken, die offenbar bestehen, eindeutig als **Richtlinien**. Jedenfall geschieht das in der offiziellen Darstellung. Kollege Braun, ich vermag nicht nachzuprüfen, wieweit sich das im Unterricht im einzelnen auswirkt. Ich weiß nicht, ob diese Richtlinien wirklich in dem Sinne angewendet werden, wie es offiziell dargestellt wird. Aber daß diese **Schulbuch-**

empfehlungen einen ernsthaften Versuch bilden, beide Gesichtspunkte darzustellen, auch im Blick auf diejenigen, die sie auf beiden Seiten erarbeitet haben — bei aller unterschiedlichen Interpretation der Grundfakten durch die polnische und die deutsche Geschichtsschreibung —, das sollte wohl von niemandem ernsthaft bestritten werden, der sich auch nur andeutungsweise mit diesen Schulbuchempfehlungen befaßt.

Kollege Busack, es ist hier nicht der Raum, im einzelnen auf diese Empfehlungen einzugehen. Aber es muß doch immerhin gesagt werden, daß der Versuch, beide Gesichtspunkte darzustellen, von der jetzt arbeitenden **UNESCO-Kommission** nur als ein erster Schritt getan wird. Es soll jetzt die Interpretation in weiterführenden wissenschaftlichen Diskussionen — wie es dort heißt — analysiert und abgeklärt werden. Es gibt eine Reihe von Themen, die für diese Arbeit vorgesehen sind. Ich will darauf im einzelnen nicht eingehen. Aber ich will auch keinen Hehl daraus machen, daß nach meiner Auffassung die Empfehlungen der geographischen Kommission noch viel weniger konkret sind als die Empfehlungen der Geschichtskommission, wenn ich es richtig beurteile.

Trotzdem möchte ich hier aus diesem Programm der **geographischen Kommission** folgendes wiedergeben. Dort wird nämlich die objektive und ausgewogene Auswahl von Fakten und deren vorurteilsfreie Interpretation als zum Verstehen der Völker notwendig, als unabdingbare Voraussetzung zum Verständnis der Probleme bezeichnet.

„Dies gilt“

— so heißt es —

„besonders vor dem Hintergrund der gegensätzlich konzipierten und konkurrierenden sozioökonomischen Systeme der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.“

Es heißt dann weiter:

„Eine notwendige Voraussetzung für die ständige Verbesserung des Inhalts stellt der Austausch von Informationen dar.“

Dazu gibt es eine Reihe von Empfehlungen, die, wie ich meine, in dieser Debatte auch genannt werden müßten: Unterstützung der Zusammenarbeit der Verlage und der Schulbuchinstitute,

(Beifall bei der F.D.P.)

gegenseitige Begutachtung der Lehrbücher beziehungsweise der Lehrbuchausschnitte, die das jeweilige Land betreffen, vor der endgültigen Drucklegung, und zwar laufend.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das sollte nach diesen Empfehlungen sowohl im Rahmen der **Zusammenarbeit der Autoren und Verleger** als auch unter der Mitwirkung der zuständigen wissenschaftlichen Institutionen erfolgen.

„Besonderer Nachdruck“

(Ronneburger)

— so heißt es —

„ist auf den Austausch und die Bereitstellung von Informationsmaterial, statistische Daten, neues kartographisches Material, Erkenntnisse der wissenschaftlichen Forschung zu legen und auf die Gewährleistung der gegenseitigen Belieferung von geeigneten Fotos, Diapositiven, Abbildungen,“

(Beifall bei der F.D.P.)

„Karten, Plänen und Skizzen.“

Um in den Lehrbüchern eine aktuelle Information sicherzustellen und um den Lehrbuchautoren und Begutachtern der Verlage ihre Aufgabe zu erleichtern, sollten **Studienfahrten** und Studienaufenthalte in den beiden Ländern gefördert werden. Die zuständigen Verlage und wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der Biographie und der Kartographie sollten sich bemühen, diesen Initiativen ihre Unterstützung und Beratung zu gewähren.

Vereinbart wurde dort weiter, daß politische Fragen im Geiste des **Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen** vom 7. Dezember 1970 behandelt werden sollten. Wenn zum Verständnis gegenseitiger geographischer Sachverhalte historische Erklärungen notwendig sind, so sollen sie nach dem aktuellsten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis gegeben werden. Historische Sachverhalte, die von der Wissenschaft unterschiedlich interpretiert werden, sollen in ihrer Problematik und unter Berücksichtigung beider Standpunkte dargestellt werden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß sich schon allein in diesen Empfehlungen und in der Frage, wieweit man bereit ist, mit dem notwendigen Mut diese Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission auch in den Unterricht hineinzugeben, in den Unterricht, der heute ja nicht nur Verkündung von Lerninhalten, sondern auch Aussprache zwischen Schülern und Lehrern sein sollte, eine ganze Reihe von Ansatzpunkten ergibt, bei denen eine Auswertung des bisherigen Arbeitsergebnisses möglich wäre. Dies wird von uns gefordert, weil wir meinen, daß es hier nicht nur — ich sage es noch einmal — um eine bildungspolitische Frage geht, sondern um eine Frage von so ernster politischer und historischer Bedeutung, daß es sich lohnt, sich ihrer mit aller Intensität anzunehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Bendixen.

Dr. Bendixen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eingangs, gerade nach Ihren Ausführungen, Herr Kollege Ronneburger, sagen, daß wir hier nach unserer Überzeugung keine außenpolitische Debatte zu führen haben, sondern die Frage zu untersuchen, ob der Schleswig-Holsteinische Landtag das Ergebnis der Beratungen der **Schulbuchkommission** — das heißt:

die konkreten Formulierungen — nach kritischer Durchsicht als eine geeignete Grundlage bewerten kann, nach der die **Auswahl von Schulbüchern** vorgenommen werden kann, oder nicht. Nach den Ausführungen meiner Kollegen aus den anderen Fraktionen möchte ich mich im zweiten Teil meiner Ausführungen mit dem Text auseinandersetzen. Ihr Antrag geht ja dahin, einen konkret vorliegenden Text zu bewerten, und es ist schon ein eigenartiges Phänomen, daß Sie auf eben diesen Text mit kaum einem Wort — jedenfalls nicht konkret — eingehen. Wir werden dies in geeigneter Weise nachholen.

Meine Damen und Herren, die **SPD** hat in verschiedenen **Bundesländern**, wo sie politisch Verantwortung trägt, ähnliche Aktionen durchgeführt. Das, was Sie heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag beantragen, ist ja kein isolierter Vorgang. Insofern ist die Frage erlaubt, ob es Ihnen wirklich in erster Linie um die historische Wahrheit in unseren Schulbüchern und um die wahrheitsgemäße Erziehung unserer Schüler geht oder um eine offensichtliche politische Aktion. Die **historische Wahrheit** muß aber der entscheidende Maßstab für die wahrheitsgemäße historische Erziehung unserer Schüler sein. Wenn wir unsere Schüler zu verantwortungsbewußten Bürgern erziehen wollen, so müssen sie lernen, den geschichtlichen Horizont von Entwicklungen, von gegenwärtigen Zuständen und von erkennbaren Problemen möglichst wahrheitsgemäß zu erfassen. Dabei wird geschichtlicher Unterricht zu einem erheblichen Teil auch Wertdiskussion über Menschenbild, über Gesellschaftsbild und über Staatsideal, Wertdiskussion über die Vermittlung von historischen Fakten hinaus. In diesem Prozeß gewinnt die historische Wahrheit, soweit sie wissenschaftlich erkennbar ist, eine fundamentale Bedeutung. Und lassen Sie mich für die CDU-Fraktion sagen: Die historische Wahrheit ist für uns unteilbar und frei von jeder Ideologie.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Die **Schulbücher**, die, Herr Kollege Busack, für die Schüler zugegebenermaßen von besonderer Bedeutung, die für sie besonders einprägsam sind, fußen auch bei notwendigen Auswahlverfahren auf den Ergebnissen einer der Wahrheitsfindung verpflichteten, freien, in ihren Methoden und Erkenntniszielen ideologisch nicht vorherbestimmten Wissenschaft. Der Kultusminister hat nach meiner Auffassung überzeugend den Unterschied zwischen einem freien und einem materialistischen **Wissenschaftsbegriff** differenziert. Gleiches gilt in den Grundstrukturen für die menschliche Erziehung und die wissenschaftsmäßige Ausrüstung der jungen Generation in den Schulen. Ein freies Land kann stolz darauf sein, seine junge Generation mit der ganzen Wahrheit zu konfrontieren und sie ihr auszusetzen, ein unfreies Land leider nicht.

(Beifall bei der CDU)

Auf diesen Leitsätzen bauen wir unser Urteil über die Schulbuchempfehlungen auf.

(Dr. Bendixen)

Lassen Sie mich, bevor ich in einigen wenigen ausgewählten Beispielen auf den Inhalt eingehe, einige formale Vorbemerkungen machen. Die erste Bemerkung habe ich bereits gemacht: Wir führen keine außenpolitische Debatte, Herr Kollege Ronneburger! Es ist immer erheblich lückenhaft gewesen, wenn die historische Wahrheit in einen tagespolitischen Prozeß eingebunden werden sollte. Wir haben dafür schreckliche Beispiele in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten — ich unterstelle Ihnen das nicht — keinen Beitrag dazu leisten, auch nur ansatzweise wieder in diese Richtung zu gehen.

Und lassen Sie mich dies betonen: Eine freie inhaltliche Beurteilung der Schulbuchempfehlungen durch unsere Fraktion kann und darf keinen Rückschluß zulassen auf unseren **Versöhnungswillen** gegenüber Polen. Ich betone: gegenüber Polen, insbesondere gegenüber der polnischen Bevölkerung. Auch wenn wir zu einer ablehnenden Haltung kommen — ich kündige sie hiermit an —, lassen wir uns von niemandem unterstellen, wir würden die Entspannung und die Versöhnung ablehnen, lassen wir uns von niemandem in eine Ecke stellen, in der wir dann von eben jenen geschlagen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ronneburger?

Dr. Bendixen [CDU], fortfahrend:

Ja!

Ronneburger [F.D.P.]: Herr Kollege, sind Sie bereit zuzugeben, daß die Unterstellung, von der Sie soeben gesprochen haben, in meinen Ausführungen nicht enthalten war, und sind Sie zweitens bereit, zuzugeben, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen durch ihre Erwähnung in dem deutsch-polnischen Kulturabkommen und in dem Gesamtzusammenhang des Vertragswerks zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland überhaupt nicht losgelöst von außenpolitischen Vorgängen gesehen werden können?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich will Ihnen darauf zweierlei sagen: Erstens begrüße ich es, daß Sie betont haben, diese Unterstellungen seien in Ihrer Rede nicht vorhanden gewesen; zweitens weise ich, was den gesamtpolitischen Hintergrund betrifft, noch einmal ausdrücklich darauf hin, daß nicht einmal die **Bundesregierung** in den von Ihnen bereits zitierten Antworten auf Kleine Anfragen im Bundestag sich in der Lage sah, gegenüber den einzelnen Bundesländern auch nur eine einzige Empfehlung abzugeben.

(Ronneburger [F.D.P.]: Sie hat doch keine Zuständigkeit!)

Wenn nicht einmal die Bundesregierung, getragen von SPD und F.D.P., eine politische — keine zuständigkeitsmäßige — Empfehlung abgeben kann, werden Sie uns doch wohl zugestehen wollen, daß wir dann frei entscheiden, wie wir diese Probleme beurteilen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die **Schulbuchempfehlungen**, um die es geht, sind in 27 Abschnitte gegliedert. Wir diskutieren heute ausschließlich über einen einzigen Abschnitt, nämlich über jenen, der sich mit der **Entwicklung der Kriegs- und der Nachkriegszeit** befaßt. Die Empfehlungen sind an Schulbuchautoren gerichtet, die ja in einem freien Land Gott sei Dank nicht an staatliche Direktiven gebunden sind. Sie sind gerichtet an Verwaltungen, an Politiker, an Wissenschaftler. Es sind Empfehlungen, die laut Professor Rhode, der hier schon gelegentlich zitiert wurde, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 30. Januar 1977 — wenn ich dies zitieren darf, Herr Präsident! — keineswegs — jetzt das wörtliche Zitat — Texte sind, „die in Schulbücher und Lehrprogramme übernommen werden und verbindliche Sprachregelungen darstellen sollten.“ Und die Bundesregierung — ich sagte es — hat in den Bundestagsdebatten vom November und Dezember 1975 sowie vom Juni 1976 ausdrücklich erklärt, daß diese Empfehlungen keine **Richtlinien** seien. Sie hat es ausdrücklich vermieden — auf nachdrückliches Befragen von Abgeordneten der CDU/CSU —, inhaltlich und politisch zu diesen Empfehlungen befürwortend oder ablehnend Stellung zu nehmen. Ich glaube, das spricht für sich.

Auch der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Girgensohn, hat, wie aus einem Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 14. November 1976 hervorgeht, nachdrücklich gesagt, daß diese Empfehlungen eben nicht unkritisch verwertet werden dürfen, auch wenn er sich im Ergebnis dann inhaltlich zu ihnen bekennt.

Wichtiger aber ist — ich gehe gern auf das ein, was hier gesagt worden ist — der politische Hintergrund, vor dem wir die Dinge beurteilen müssen. Einer der Mitautoren, Professor Rhode, sagt dazu in dem erwähnten Artikel vom 31. Januar 1977 — ich darf dies mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —:

„Die in Polen angezogene Bremse wurde erst gelockert, als der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 den Wünschen der polnischen Regierung weitgehend entgegengekommen war. Erst danach konnten die beiden Kommissionen sich gemäß der Verabredung zu einer ersten Schulbuchkonferenz Anfang 1977 treffen.“

Und etwas weiter unten heißt es:

„Derartige Verhandlungen sind von politischen Gegebenheiten abhängig. Politische Entwicklungen wirken beschleunigend oder retardierend auf ihren Gang und ihre Ergebnisse ein. Es wäre Augenwischerei, wollte man dies ableugnen und

(Dr. Bendixen)

behaupten, hier gehe es um einen rein wissenschaftlichen Gedankenaustausch zwischen Historikern und Geographen.“

Meine Damen und Herren, wenn einer der Mitautoren den engen Zusammenhang zwischen den politischen Gegebenheiten und den historischen Ergebnissen dieser Verhandlungen ausdrücklich hervorkehrt, so werden Sie es einer Landtagsfraktion, die für die junge Generation Verantwortung trägt, nicht verübeln können, in voller Freiheit ja oder nein zu diesen Empfehlungen zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Zitat macht im übrigen unverkennbar, daß seitens der **polnischen Historiker**, über die zu urteilen ich keine Berechtigung habe, eben politische Beweggründe — wenn nicht maßgebend, so doch stark begleitend — in diesen Verhandlungen vorhanden waren.

Hieran knüpft sich eine prinzipielle Kritik gegenüber diesen Empfehlungen. Sobald die historische Wahrheit in einen gegenwartsbezogenen politischen Prozeß eingebunden werden soll, besteht und bestand immer die Gefahr, daß sie zur historischen Halbwahrheit denaturiert wird und wurde, und sobald eine so verkürzte Geschichte Eingang in die Schulen findet, besteht die Gefahr, daß der Geschichtsfälschung Tor und Tür geöffnet wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte es mir versagen, auf viele historisch belegbare Beispiele dieses prinzipiellen Verhältnisses von historischer Wahrheit und **Tagespolitik** hinzuweisen. Es ließen sich viele anführen. Wir sollten es dabei belassen, daß wir auf diese Tatsache hinweisen.

Diejenigen, die ein solches Herrschaftsverhältnis der Politik über die historische Wahrheit befürworten oder auch nur dulden, müssen an sich die Frage richten lassen, welchen Stellenwert die Wahrheit über die nationale Geschichte in ihren Höhen und in ihren Tiefen,

(Ronneburger [F.D.P.]: Jetzt arbeiten Sie aber mit Unterstellungen!)

in ihrem Denken und politischen Handeln besitzt oder möglicherweise nur noch bedingt besitzt.

Der Text selbst ist ein Kompromiß. Das ist hier wiederholt gesagt worden; das haben die Autoren auch selbst schriftlich oder mündlich ausgeführt. Nur: Hier müssen wir uns dann die Frage stellen, was eigentlich „Kompromiß“ heißt. In der Politik ist der Kompromiß möglich und jederzeit notwendig. Ich möchte für meine Fraktion mit allem Nachdruck sagen: Was die historische Wahrheit betrifft, kann es keinen Kompromiß geben.

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abgeordneten Busack [SPD])

— Es kann die Wahrheit geben, Herr Kollege Busack, soweit sie wissenschaftlich erkennbar ist. Es kann sie nicht in einem politischen Kompromiß geben.

(Beifall bei der CDU — Busack [SPD]: Das ist die Parteilichkeit der Wissenschaft mit umgekehrtem Vorzeichen!)

— Wenn Sie, Herr Kollege Busack, die Freiheit der Wissenschaft von politischen Motivationen interpretieren als die Umkehrung der Wissenschaft, wenn Sie sie sozusagen als einen Teil des politischen Prozesses interpretieren, so muß ich Ihnen leider sagen, daß Sie dann offensichtlich noch nie ein historisches Buch gelesen haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Wohin kommen wir denn, wenn wir die **Wissenschaft** zur Grundlage der **Wahrheitsfindung** machen und Sie nicht bereit sind, diese für die Schulbücher zu akzeptieren? Wohin wollen Sie dann eigentlich unsere Schulbücher führen, muß ich Sie einmal deutlich fragen.

(Beifall bei der CDU)

Nun lassen Sie mich bitte — ich hatte das bereits gesagt —, im Gegensatz zu meinen Vorrednern, zu den **Empfehlungen** selbst kommen, konkret zu der Empfehlung über die Entwicklung in der **Kriegszeit** und in der **Nachkriegszeit**; die anderen Dinge, Mittelalter, frühe Neuzeit, haben ja auch in Ihren Ausführungen keine Rolle gespielt.

(Busack [SPD]: Geben Sie aber bitte „ausgewählte Beispiele“!)

— Ich kann das nur anhand ausgewählter Beispiele machen. Es sind sehr viele Sätze vorhanden, die zu einem historischen Disput reizen könnten. Das ist aber hier nicht unser Problem, und dies können wir hier anläßlich einer Landtagssitzung auch nicht leisten.

(Ronneburger [F.D.P.]: Aber das Vorhandensein von Disputen ist ja an sich schon eine gute Sache! Das sollten wir hier doch gemeinsam feststellen!)

— Wenn Sie das so sehen, Herr Kollege Ronneburger, dann bedauere ich, daß Sie diese Möglichkeit nicht selbst genutzt und die Texte interpretiert haben. Das ist doch der Punkt.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Wir reden hier nicht über die Ergebnisse der Entspannungspolitik, sondern über konkrete Texte. Ich möchte das jetzt anhand einiger ausgewählter Beispiele tun.

(Busack [SPD]: Lassen Sie uns das doch im Volksbildungsausschuß machen! Da haben wir genügend Zeit! — Zimmermann [CDU]: Das mag er nicht hören!)

(Dr. Bendixen)

— Sehen Sie mal, verehrter Herr Kollege Busack! Es ist für mich außerordentlich kennzeichnend, daß Sie es entweder ablehnen oder davor offensichtlich Angst haben,

(Lachen bei der SPD)

daß wir uns hier einmal über die Texte unterhalten, und zwar in der Öffentlichkeit, so daß die Dinge nachgeprüft werden können, und nicht hinter verschlossenen Türen.

(Beifall bei der CDU)

Hier müssen wir einmal erklären, ob wir zu diesen Aussagen ja oder nein sagen.

Ich nenne zunächst die bewußte Beschränkung auf das **deutsch-polnische Verhältnis**, das hier mehrfach angesprochen worden ist. Das findet sich in den Texten wieder; das ist schon eine Aussage in der Präambel. Ich möchte es aus Zeitgründen nicht im einzelnen zitieren. Es ist nach meiner Auffassung historisch und — wenn Sie so wollen — auch politisch für unsere Beurteilung unhaltbar, die Rolle der **Sowjetunion** vor, während und nach dem zweiten Weltkrieg für Polen und für den gesamten osteuropäischen oder weltpolitischen Raum zu leugnen.

(Lund [SPD]: Das leugnet doch niemand!)

— Lassen Sie mich dies, Herr Kollege Lund, nach einer vor zwei Tagen beendeten Reise durch die Volksrepublik Polen, wo ich auch einige Gespräche mit Vertretern der Universität in Warschau und der Universität in Breslau, unter anderem über die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, geführt habe, so sagen: Die Leugnung der Rolle der Sowjetunion ist für meine Begriffe auch unhaltbar gegenüber dem Freiheitswillen des polnischen Volkes.

(Beifall bei der CDU — Busack [SPD]: Womit wollen Sie denn beweisen, daß das geleugnet wird? — Lund [SPD]: Das leugnet doch niemand!)

Wenn diese Schulbuchempfehlungen in dieser Weise einen Niederschlag in unseren Schulbüchern fänden, so wäre das eine objektive Leugnung der Rolle einer Weltmacht, und wenn ein Student im zweiten Semester in einem Proseminar so vorgehe, dann würde unter dieser seiner Leistung mit Sicherheit die Note „Sechs“ stehen. Ja, wir sind heute in der Quarta so weit, die Schüler dahin zu erziehen, daß sie die historischen Vorgänge als komplexe und nicht nur bilaterale Vorgänge begreifen.

(Lund [SPD]: Sehr richtig!)

Und wenn das so ist, dann muß ich fragen: Warum soll dies in deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nicht ebenso sein?

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft die **Neutralität der Begriffe**, die diese deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen beinhalten. Lassen Sie mich dazu ein Zitat bringen.

(Busack [SPD]: Ein christdemokratisch ausgewähltes!)

— Ich habe betont, daß ich ausgewählte Beispiele bringen werde; wenn Sie sie durch andere Zitate widerlegen können, möchte ich Sie bitten, dies in einer Zwischenfrage zu tun. Ich gehe davon aus, daß Sie die Texte vor sich liegen haben, weil wir hier über sie reden.

Auf Seite 2 steht im dritten Fragenkomplex unter dem Stichwort „Wertneutralität der Begriffe“:

„Kriegsverluste“

— so heißt es hier; ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —

„und Kriegsverwüstungen stellten beide Länder vor komplizierte Aufbau Probleme. In Polen, das in besonderem Maße unter den Kriegseinwirkungen zu leiden gehabt hatte, schufen die Befreiung, das politische Übergewicht der linken Parteien und die territoriale Westverschiebung historische Voraussetzungen für die revolutionären Veränderungen seiner ökonomisch-gesellschaftlichen und politischen Struktur und dadurch andere Ansatzmöglichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus als in den vier Besatzungszonen Deutschlands. In den Ländern der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszonen knüpfte man an Traditionen der parlamentarischen Demokratie an.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts einer solchen Formulierung möchte ich jeden einzelnen in diesem Hohen Hause fragen, wer einer Formulierung zustimmen würde, die da etwa lauten würde: Im Januar 1933 kam es aufgrund bestimmter gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und außenpolitischer Vorgänge und aufgrund eines Übergewichts der rechten Parteien zu einer revolutionären Veränderung der gesellschaftlich-ökonomischen Herrschaftsstruktur in Deutschland? Wer in diesem Hause würde einem solchen Satz zustimmen, während dann die Traditionen der anderen eben als Traditionen einer parlamentarischen Demokratie hingestellt werden?

Wenn **Geschichte** in unseren Schulen auch einen **erzieherischen Aspekt** haben soll, so darf sich ihre Nomenklatur in den Schulen nicht völlig, ja, sie darf sich überhaupt nicht auf die Ebene der moralischen Neutralität zurückziehen. Wir wollen zwar den Geschichtsunterricht nicht zum moralischen Zeigefinger für die Weltgeschichte hochstilisieren,

(Busack [SPD]: Nur an ausgewählten Beispielen!)

aber Geschichte darf auch nicht zu einem wertneutralen, strukturellen Geschehensablauf werden. Um dies im Zusammenhang dieses Textes konkret zu sagen, Herr Kollege Busack: Die parlamentarische Demokratie ist für uns mehr als nur eine überkommene Tradition, und fehlende Menschenrechte sind für uns nicht nur Merkmale einer anderen politisch-ökonomischen Struktur.

(Beifall bei der CDU)

Wer die Geschichte jeder ethischen Norm entzieht, nimmt ihr jeden erzieherischen Aspekt, und eben diesen wollen wir in unseren Schulen erhalten.

(Dr. Bendixen)

Ich wende mich einem dritten Fragenkomplex zu, das ist der Komplex der **Heimatvertriebenen**. Er ist schon oft in der öffentlichen Auseinandersetzung besprochen und kontrovers erörtert worden. Mir ist bewußt — man könnte hier viele Zitate bringen —, daß auch von Vertreibung, auch von Unrecht die Rede ist. Aber uns allen ist ebenso bewußt, daß dieser ganze leidensvolle Abschnitt der deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt unter dem wertneutralen Begriff „**Bevölkerungstransfer**“ abgehandelt wird.

Man muß nicht — wie es bei mir selbst der Fall ist — Heimatvertriebener sein, um angesichts der historischen Tatsachen — Flucht von 12 Millionen Deutschen mit 2 Millionen Toten — und angesichts der großen Verdienste der Heimatvertriebenen für den Wiederaufbau unseres Volkes, unseres Vaterlandes diese Formulierungen als historisch verfehlt, als unzulässig heruntergespielt, ja, als menschlich teilweise zynisch zu empfinden.

(Beifall bei der CDU)

Für uns sind diese Empfehlungen aus den genannten sachbezogenen Gründen, die aus der konkreten Auseinandersetzung mit dem Text gewonnen wurden, der uns schwarz auf weiß vorliegt, keine geeignete Grundlage für die Auswahl der Schulbücher, und wir werden diesen Antrag heute und hier ablehnen.

Wir würdigen die Arbeit der Beteiligten, wir würdigen die vielen, jahrelangen Bemühungen der Historiker, die sich an den Kommissionssitzungen beteiligt und viel Mühe darauf verwendet haben, Kompromisse herbeizuführen. Aber selbst einer der Mitautoren, nämlich Professor Rhode, hat in dem erwähnten Artikel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ folgendes gesagt:

„Der Wissenschaftler wird sich stets fragen müssen, wo er unüberschreitbare Grenzen sieht. Daß er sich oft die Frage stellt, ob die verhältnismäßig bescheidenen Ergebnisse Mühe und Zeitaufwand lohnen, wird jeder verstehen.“

Wenn selbst einer der Mitautoren die Methoden der Verhandlungen in Frage stellt, die Ergebnisse anzweifelt, so ist dies ein Wort, das für sich selber spricht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich gerade nach den Ausführungen meiner Vorredner folgendes noch hervorheben. Die **Entspannungspolitik** und die Ergebnisse der **deutsch-polnischen Schulbuchkommission** dürfen eben nicht in einen unmittelbaren gegenseitigen Zusammenhang oder in ein unmittelbares Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden. Weder kann aus der gegenwärtigen Ostpolitik der gegenwärtig amtierenden Bundesregierung eine notwendige Übernahme der Empfehlungen hergeleitet werden, noch darf aus einer sachlich begründeten Ablehnung — über die man kontrovers diskutieren kann — eine prinzipielle Gegnerschaft zu den Prinzipien der Ostpolitik behauptet werden. Wer eine solche Haltung einnimmt, demonstriert entweder ein unzulängliches Verständnis für das Wesen der historischen Wahrheit

oder einen beängstigenden Totalitätsanspruch der Politik gegenüber der Freiheit der historischen Forschung.

Lassen Sie mich abschließend etwas zu dem Antrag der SPD-Fraktion sagen, der darauf abzielt — ich zitiere in etwa wörtlich —, die Ergebnisse der deutsch-polnischen Kommission angemessen zu berücksichtigen, eine angemessene Berücksichtigung nicht weiter zu verzögern. Die historische Wahrheit kann man nicht „angemessen berücksichtigen“; man schreibt sie in die Schulbücher hinein, oder man läßt sie weg. Wir sind dafür, sie voll in unsere Schulbücher hineinzuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich nehme hier heute das Wort, weil man ja in der letzten Zeit häufig hört, man wünschte sich, daß die deutsch-polnischen Fragen und Probleme so gelöst werden könnten, wie man die deutsch-dänischen Fragen in unserem Grenzland gelöst hat. Zuletzt wurde dies von dem CDU-Politiker Windelen gesagt, der neulich äußerte, er hoffe, daß man für die Deutschen, die heute noch in **Polen** leben, Regelungen finden möge, wie man sie im Landesteil Schleswig für die **dänische Minderheit** gefunden habe.

Ich erwähne dies heute, weil wir ja auch eine **deutsch-dänische Schulbuchkommission** gehabt haben, die ihre Arbeit geleistet hat. Ich gebe offen zu, daß auch ich skeptisch war, was aus der Arbeit einer solchen Kommission herauskommen könnte. Aber diese Kommission bei uns hat gut gearbeitet und gute Resultate gezeigt.

Aus diesem Grunde folge ich dem Antrag der SPD-Fraktion, der eine angemessene Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zum Ziel hat. Eine angemessene Berücksichtigung! Das halte ich für wichtig; vielleicht erreichen wir dadurch auch für die Zukunft Regelungen mit Polen, wonach die Deutschen, die in Polen, verwurzelt in ihrer deutschen Sprache und ihrer deutschen Kultur, leben, weiterhin dort leben können. Aus diesem Grunde halte ich es für wichtig, daß wir den Antrag positiv aufnehmen und eine angemessene Berücksichtigung anstreben.

Die **historische Wahrheit**, von der eben so viel geredet worden ist — das sage ich ganz offen —, haben wir ganz bestimmt auch nicht in der deutsch-dänischen Schulbuchkommission gefunden. Nachdem ich kürzlich einen deutschen Professor gehört habe, der über die **Geschichte Schleswig-Holsteins** sprach,

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P. — Matthiesen [SPD]: Der hat vielleicht sogar vom Parlament ein Honorar dafür gekriegt!)

(Meyer)

weiß ich, daß wir zu dieser historischen Wahrheit auch in der deutsch-dänischen Frage nicht gekommen sind.

(Matthiesen [SPD]: So ist es!)

Eine Empfehlung, wie wir in irgendeiner Form die Standpunkte der beiden Nationen in den **Schulbüchern** darstellen können, wäre gut, und nach den Erfahrungen im Grenzland bei uns glaube ich, daß es gut wäre, wenn doch die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission angemessen berücksichtigt würden.

Wir sollten bedenken, daß das, was in den Schulbüchern steht, ja letztlich nicht das A und O für den Unterricht ist, sondern daß es doch immer noch auf den Pädagogen ankommt, der alles sachlich, klar darstellen kann. Die Kinder sollen ja nicht nur Schulbücher auswendig lernen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ronneburger.

Ronneburger [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie verübeln es mir nicht, daß ich an dieser Stelle noch einige wenige Bemerkungen dem hinzufüge, was ich vorhin gesagt habe.

Herr Kollege Bendixen, Sie haben mehrfach von der Unteilbarkeit der Wahrheit und von der **historischen Wahrheit** gesprochen, und Sie haben denen, die den politischen Hintergrund für die Schulbuchempfehlungen mit in ihre Überlegungen einbeziehen, unterstellt, sie erkannten einen Primat der Politik über die geschichtliche Wissenschaft an. Dies ist falsch.

(Beifall bei der F.D.P. — Dr. Bendixen [CDU]: Nein, ich habe gesagt, daß Sie sich diese Frage stellen lassen müssen; und ich stelle sie!)

— Gut; nun wollen wir uns nicht über Formulierungen streiten. Wenn Sie sagen, wir müßten uns die Frage stellen lassen, dann ist doch wohl in dieser Ihrer Aussage enthalten, daß Sie jedenfalls diese Frage bejahen würden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Deswegen möchte ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit und Nüchternheit feststellen: Ich hätte den Mut nicht, mit solcher Entschiedenheit von mir zu sagen, ich wüßte, was die Wahrheit ist.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Wir werden in der so lange belasteten Auseinandersetzung dieser beiden Völker mit dieser einfachen Formulierung — „wir schreiben die volle und ungeteilte Wahrheit in unsere Schulbücher“ — nicht zurechtkommen.

Herr Kollege Bendixen, Sie zwingen mich jetzt noch zu einer Aussage, die ich aus ganz bestimmten Gründen in dieser Debatte lieber nicht gemacht hätte. Sind

wir uns eigentlich darüber im klaren, daß hier in den Kommissionen zwei sehr ungleiche Partner miteinander gesprochen haben?

(Beifall bei der F.D.P.)

Sind wir uns darüber im klaren, daß der Partner, mit dem unsere Leute verhandelt haben, in der Wahl seiner Formulierungen nicht so frei ist, wie wir es sind?

(Beifall bei der F.D.P. — Zurufe von der CDU: Ja, eben!)

Sie haben mehrfach aus dem Artikel von Professor Rhode in der „Frankfurter Allgemeinen“ zitiert. Professor Rhode gibt in diesem Artikel ja unmißverständlich zu, daß sich die **Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission** aus dieser Zwangslage heraus auf eine, wie er es nennt, „Beziehungsgeschichte“ der beiden Länder zueinander beschränken. Wollen Sie im Ernst in Empfehlungen einer solchen Konferenz die Frage des **Verhältnisses Polens zur Sowjetunion** einbeziehen — historisch oder gegenwartsbezogen? Glauben Sie, daß das eine reale Forderung ist, und glauben Sie, daß diese Forderung dem dient, was wir alle gemeinsam wollen?

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Ich sage es noch einmal: Ich habe Ihnen nicht unterstellt, daß derjenige, der Kritik an diesen Empfehlungen zu üben hat, die deutsch-polnische Verständigung nicht will. Aber so sehr, wie Sie das Recht für sich in Anspruch nehmen, frei zu entscheiden, so sehr nehme ich mir allerdings das Recht, Ihnen zu sagen, welche Folgen Ihre freie Entscheidung in dem einen oder anderen Punkt haben kann.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Deswegen bitte ich mit aller Entschiedenheit darum, daß wir diese Gesamtvoraussetzungen sehen und nicht glauben, hier würde historische Wahrheit der Politik untergeordnet. Hier geht es vielmehr darum, ob wir eine uns gemeinsam gestellte Aufgabe, eine Belastung aus der Geschichte heraus in der Gegenwart zu überwinden, zu lösen in der Lage sind.

(Beifall bei der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lund.

Lund [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige wenige Worte, nachdem Herr Kollege Bendixen zum Ausdruck gebracht hat, daß der **Antrag** von der Mehrheitsfraktion des Hauses abgelehnt werden würde. Bei der Formulierung dieses Antrags hat sich meine Fraktion in der Tat Gedanken darüber gemacht, wie eine Ebene für einen gemeinsamen Beschluß dieses Hauses geschaffen werden könnte.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

(Lund)

Nun können Sie kontern und sagen: Dann hätten Sie ja interfraktionell mit uns darüber sprechen können, wie eine gemeinsame Formulierung gefunden werden könnte, die von allen Fraktionen gebilligt wird. Ich bin in der Tat davon ausgegangen, daß dieser Antrag eine akzeptable Grundlage für den Schleswig-Holsteinischen Landtag in seiner Gesamtheit bilden könnte.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß ein solcher Antrag — aus welchen Gründen auch immer — der Ablehnung verfallen könnte. Ich habe in meinen ersten Ausführungen am Schluß nicht Ausschlußüberweisung beantragt. Ich wollte das dem Verlauf der Debatte überlassen und zunächst sehen, welche Möglichkeit sich abzeichnen würde, nur diese Behandlung oder auch eine Ausschlußberatung und im Anschluß daran eine zweite Beratung mit der Abstimmung.

Ich glaube, daß es in der Tat müßig ist, nachdem Sie hier in dieser Art angedeutet haben, Ihre Fraktion werde ablehnen, jetzt noch eine Ausschlußüberweisung zu beantragen. Meine Fraktion ist damit einverstanden, daß heute und hier über diesen Antrag abgestimmt wird, es sei denn, daß von anderer Seite beantragt wird, diesen Antrag dem Ausschuß zur Beratung zu überweisen. Dann wären wir die letzten, die einer solchen Überweisung nicht zustimmen würden.

(Langmann [SPD]: Diese Chance sollte man der CDU aber auch geben!)

Ich bedauere diese Ablehnung aus außenpolitischen Gründen, Herr Dr. Bendixen!

(Beifall bei der SPD)

Das föderative System teilt nun einmal den Landtagen die **Kulturpolitik** zu, und dabei — wir haben das ja auch in Skandinavien erfahren — ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Kulturpolitiker auch einmal außenpolitisch in ihrer Verantwortung gefordert sind. Hier sind wir gefordert.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich könnte man über alle Passagen der 27 Empfehlungen hier hinlänglich streiten. Ich stehe nicht an zu sagen, daß nicht nur in den Verhandlungskommissionen selbst von dem einen oder anderen, auch von der einen oder anderen Gruppe Bedenken gegen **Formulierungen** angemeldet worden sind. Ich glaube, daß auch hier im Hause niemand die 27 Empfehlungen so, wie sie vorliegen, ganz ohne Hinweis, daß noch Verbesserungen möglich wären, akzeptiert. Natürlich gibt es die Notwendigkeit der Weiterarbeit. Darauf habe ich hingewiesen. Darauf haben auch die Delegations-, die Kommissionsmitglieder sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite hingewiesen. Davon sind wir auch von vornherein ausgegangen.

Ich möchte nicht noch einmal auf das zu sprechen kommen, was Herr Ronneburger soeben schon in seiner Replik hinsichtlich der Möglichkeiten der **Wahrheitsfindung** ausgeführt hat. Ich bin davon überzeugt,

daß wir, wenn zwölf deutsche Historiker zusammensitzen und nur über die Beweggründe für einen Krieg der Vergangenheit zu beraten haben, zwölf verschiedene Meinungen auf den Tisch bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Und wenn je ein Dutzend Historiker zweier Nationen zusammensitzen, um über historische Wertvorstellungen zu urteilen, kann man, glaube ich, überhaupt nur im Wege des Kompromisses ein Papier zustande bringen und vorlegen. Anders wird das gar nicht möglich sein.

(Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Wenn wir hier bei diesen Empfehlungen den Antrag auf angemessene Berücksichtigung gestellt haben, kann es deshalb auch nicht darum gehen, jede einzelne Empfehlung so, wie sie dasteht, dem Kultusminister an die Hand zu geben und zu sagen: Nun befehl bitte den Lehrern: So und nicht anders darf in unseren Schulen gelehrt werden! Vielmehr kann „angemessen“ in der Tat nur heißen, daß die **Empfehlungen** den Verantwortlichen als **Leitlinie** an die Hand gegeben werden und daß es deren Verantwortung obliegt, was sie in einer freiheitlichen Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben — und zu ihr gehört ja auch unser Land Schleswig-Holstein —, daraus gestalten.

Der Herr Minister wird noch ein Wort dazu sagen. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, jetzt bitten, noch einmal zu überlegen, ob es einen Weg gibt und welchen Weg es gibt, um zu einer Entschließung zu kommen, um zu einem Beschluß in diesem Hause zu kommen, der den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen den Weg in dem Sinne ebnet, wie wir es in unserem Antrag gewollt haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Busack.

Busack [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Sozialdemokratische Fraktion ist der Debattenverlauf insofern unbefriedigend, als er kein erkennbares Entgegenkommen seitens der CDU-Fraktion gezeigt hat. Es wird bei anderer Gelegenheit über das zu beraten sein, was auf anderer Ebene in Bonn verhandelt und — wenn ich es richtig in Erinnerung habe — auch abgesprochen worden ist. Aber wenn man schon meint, den Polen vorhalten zu sollen, sie seien sozusagen zentralstaatlich angewiesen und gegängelt, dann frage ich nur, was denn der Herr Kultusminister in diesem Lande gegenüber den Schulbuchverlegern am 6. Mai 1977 getan hat, wenn ich mir vor Augen führe, was Sie heute und hier an sachlichen Ausgleichsbeiträgen beizusteuern hatten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)